

Wöchentlich 76 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifen im In- und Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Kopf und Bein“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Filmwelt“, „Stabilisator“, „Festungsblauer“, „Der Kinderfreund“, „Sagen- und Märchen“, „Bild in die Vergangenheit“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne des Reichsmarkts „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort (außer dem festgedruckten Wort) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeld das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Jedes weitere Wort zählte für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 9 bis 17 Uhr

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Poststr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Herunter mit den Massensteuern!

Unsere Steuerpolitik.

Von Paul Herß.

Als im Jahre 1925 die erste Reichsregierung gebildet wurde, da suchte der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, ihre Existenz mit dem Hinweis zu rechtfertigen, die großen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik könnten nur gegen die Sozialdemokratie gelöst werden. Dieser Absicht hat der Bürgerblock entsprochen. Er hat im Jahre 1925 eine Steuerreform durchgeführt, die zu einer wesentlichen Entlastung des Besitzes geführt hat. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat erst vor kurzem erklärt, daß die Steuerlasten im Jahre 1925 um zweieinhalb Milliarden Mark vermindert worden seien. Nur ein ganz kleiner Teil dieses Steuerabbaues ist den Massen des Volkes zugute gekommen. Den größten Teil haben die Besitzenden eingeheimst.

Jahr für Jahr sind die Steuerlasten der Großindustrie gesunken. Die Großlandwirtschaft zahlt gegenwärtig überhaupt nur noch lächerlich geringe Beiträge an Reichsteuern. Ihr Anteil an der Einkommensteuer bleibt unter hundert Millionen Mark jährlich. Nicht viel höher ist ihr Anteil an der Vermögenssteuer, während sie zu der Erbschaftsteuer überhaupt nur wenige Millionen beiträgt.

Ganz anders ist das Bild bei der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger. Anders ist es zum Teil auch bei dem kleingewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern ist nur die Lohnsteuer den veränderten Lohnverhältnissen angepaßt worden. Die Besteuerung des Verbrauchs aber wurde im Jahre 1925 durch den Rechtsblock verschärft. Er senkte zwar die Umsatzsteuer, doch hatten die Massen davon keinen Nutzen, da die Preise hoch blieben oder noch stiegen. Denn gleichzeitig mit der Senkung der Umsatzsteuer wurden die Zölle riefenhaft erhöht. Ebenso ging es mit den sonstigen Verbrauchsabgaben auf Tabak, Bier, Zucker usw. Infolgedessen ist auch gegenwärtig der Ertrag aus den Massensteuern immer noch doppelt so hoch als der Ertrag aus den Besitzsteuern. Obwohl Einkommen und Vermögen der Besitzenden in den letzten Jahren wesentlich gestiegen sind, tragen sie zu den Gesamtlasten immer noch den geringsten Teil bei.

Eine solche Steuer- und Finanzpolitik war nur durch den Rechtsblock möglich. Die plutokratische Steuerreform des Jahres 1925 hat für alle Zeiten bewiesen, daß eine Rechtsregierung, die als eine Kampfesregierung gegen die Arbeiterklasse ins Leben trat, nichts anderes sein kann, als ein Besitzbürgerblock. Die Klagen der Großindustrie und der Großlandwirtschaft über die unerträglichen Steuerlasten haben trotzdem nicht aufgehört. Weiterer Abbau der Besitzsteuern und gewaltsame Drosselung der sozialen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften ist nach wie vor ihr Ziel. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl legt man sich zwar im Augenblick eine gewisse Zurückhaltung auf. Aber das bedeutet nur eine Verjagung der gefährlichen Pläne, nicht ihre völlige Preisgabe. Wird durch Neuwahlen zum Reichstag der Rechtsblock nicht erschüttert, so wird er nach den Wahlen die hemmungslosen Pläne des Großbesitzes auf Abbau der Besitzsteuern schleunigst zu verwirklichen trachten.

Von diesen Absichten aber drohen dem ganzen deutschen Volke die größten Gefahren. Deutschland hat eine hohe Gesamtsteuerlast und wird sie in absehbarer Zeit nicht wesentlich vermindern können. Denn sie ist in erster Linie die Folge des Krieges und der Niederlage, die durch verblendeten Erobererwahnsinn mit verschuldet wurde. Im Jahre 1927 muß Deutschland allein für die Bezahlung der Kriegslasten dreieinhalb Milliarden Mark aufbringen. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben des Reichs. Das entspricht einer Belastung pro Kopf der Bevölkerung von rund 57 Mark, während die Gesamtbelastung pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1913 nur rund 41 Mark betrug. So lange die Wirtschaftslage sich nicht dauernd bessert, und die Erträge der einzelnen Steuern nicht wesentlich steigen, wird infolgedessen der Abbau der Steuerlast sich immer innerhalb enger Grenzen halten müssen. Das verlangt die Rücksicht auf die Wahrung, die unbedingte Notwendigkeit der Vermeidung einer neuen Inflation. Lohnerhöhungen bringen die Währung nicht in Gefahr, wie die Kapitalisten mit plumper Demagogie behaupten. Diese Gefahr droht nur von einer leichtfertigen Finanzpolitik, wie sie unter deutschnationaler Führung von Beginn des Krieges an betrieben wurde, von einer Finanzpolitik, die Ausgaben nicht durch Steuern deckt, sondern durch die Rotenpresse. Der

Steuerabbau darf deshalb niemals das Gleichgewicht des Haushalts in Frage stellen und Deutschland einer neuen Inflation entgegenreiben.

Innerhalb dieser Schranken muß deshalb der Abbau der Massensteuern den unbedingten Vorrang haben. Die Lebenshaltung darf durch Steuerlasten nicht dauernd so wesentlich eingeschränkt werden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die Hebung der Massenkraft ist ebenso sehr ein Gebot einer vernünftigen Wirtschaftspolitik wie einer vernünftigen Steuerpolitik. Auf die Dauer muß die unerträgliche Leberspannung der Massensteuern und die Schonung des leistungsfähigen Besitzes, die in zahlreichen Fällen bis zur völligen Steuerfreiheit geht, gefährliche soziale Spannungen auslösen. Die Massen des deutschen Volkes, die jahrelang geduldig hohe Steuerlasten getragen haben, verlangen endlich die Abkehr von einem Zustand, wo der unentbehrliche Verbrauch hart angepaßt, der Luxuskonsum sorgsam gesont, große Vermögen und Riesenvermögen außerordentlich milde besteuert werden, das Arbeitseinkommen der Lohnempfänger aber bis zum letzten Pfennig dem Zugriff des Steuerfiskus ausgeliefert wird.

Die Sozialdemokratie ist immer für die Ermäßigung der Lohnsteuer eingetreten. Ihrem unermüdlichen Drängen gelang es, das steuerfreie Existenzminimum, das am 1. Dezember 1924 noch 50 Mark monatlich betrug, bis zum 1. Januar 1926 auf 100 Mark heraufzusetzen. Sie hat erreicht, daß den Lohnsteuerpflichtigen für das Jahr 1925 55 Millionen, für das Jahr 1926 60 Millionen Mark Lohnsteuer zurückerstattet wurden. Sie kämpft jetzt für eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 140 Mark monatlich für einen ledigen Steuerpflichtigen, auf 180 Mark für einen Verheirateten mit drei Kindern. Sie will die gefühlte Verpflichtung vom September 1925 einlösen, nach der der Ertrag der Lohnsteuer nicht höher sein soll als 1200 Millionen Mark jährlich.

Daneben tritt sie ein für die Steuerfreiheit des unentbehrlichen Verbrauchs, wie Zucker usw., und eine Schonung des entbehrlichen Verbrauchs. Dagegen muß der Luxusverbrauch härter besteuert werden als bisher, zumal in anderen Ländern aus diesen Steuerquellen ein Vielfaches

des deutschen Ertrages geholt wird. Das gilt in erster Linie für die Branntweinbesteuerung, die auch in Deutschland die Mittel liefern könnte zum Abbau aller Steuern auf den unentbehrlichen Verbrauch und zur weitgehenden Milderung der Lohnsteuer. Die Besitzsteuern müssen besser als bisher ausgeschöpft und gleichmäßiger erhoben werden. Die steuerliche Begünstigung des Großgrundbesitzes ist skandalös, viele Großgrundbesitzer sind steuerfrei, während Klein- und Mittelbauern unter den Steuerlasten ebenso seufzen wie die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die Vermögens- und Erbschaftsteuer aber müssen und können weit höhere Erträge bringen. So lange die Wohnungsnot nicht beseitigt ist, kann auch auf die Hauszinssteuer nicht zugunsten der Hausbesitzer verzichtet werden. Als Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Herabdrückung der Mieten in den Neubaugemeinden wird sie auch von den Mietern als gerechtfertigt angesehen. Als Finanzquelle für Staat und Gemeinden aber muß sie bekämpft werden.

Die Steuerpolitik der Besitzenden Klassen in Deutschland aber ist nie von sozialen Erwägungen oder von dem Gedanken der Gerechtigkeit geleitet gewesen, nur die Macht entscheidet über Art und Höhe der Steuerlasten. Sowohl in der Steuererhebung als auch in der Steuerverwaltung hat die Macht des Bürgertums immer zu einer Bevorzugung des Besitzes und zu einer Benachteiligung der Besitzlosen geführt. Dieser Zustand möchte man auch für die Zukunft erhalten. Daher ist in Steuerfragen immer eine Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien vorhanden gewesen, haben die kapitalistischen Kreise der demokratischen Partei keine anderen Ziele als die der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei.

Das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und das der besitzlosen Mittelschichten lag daher immer in den Händen der Sozialdemokratie. Von ihrer Stärke und ihrem Einfluß hängt es ab, ob auch in der deutschen Steuerpolitik soziale Erwägungen bestimmend sein sollen und die Besteuerung erfolgt nach dem Grundlag der Leistungsfähigkeit.

Deshalb: Kampf dem Besitzbürgerblock und Sieg der Sozialdemokratie!

In den Schlingen der GPU.

Der Sensationsprozeß in Reval. — Birks Freispruch.

Ueber den Freispruch des ehemaligen estnischen Gesandten in Moskau, Abo Birk, von der Anklage des Landesverrats haben wir kurz berichtet. Birks Weigerung, dem Befehle der estnischen Regierung Folge zu leisten, hat seinerzeit viel Aufsehen erregt. Noch viel mehr Staub wirbelte aber sein angeblicher Uebergang zur Sowjetregierung auf. Am 30. Juli 1926 veröffentlichte die Moskauer „Iswestija“ einen Artikel mit der Ueberschrift: „Politisches Austreten des ehemaligen estnischen Gesandten A. Birk, Enthüllungen über die Politik Estlands“. Am 4. August erschien darauf ein zweiter Artikel, in dem Birk den estnischen Minister des Auswärtigen Piip beschuldigte, hinter dem Rücken der Sowjets Verhandlungen mit anderen Staaten geführt zu haben. Insbesondere habe der Leiter der Ostabteilung des politischen Außenministeriums, Janikowski, Piip einen Bund gegen die UdSSR zu gründen vorgeschlagen. Besonders eifrig hätten in dieser Richtung die Generalsäbler gearbeitet, die diese Frage auf einer Sonderkonferenz in Warschau beraten hätten.

Ein ähnlicher Fall war in der Geschichte der europäischen Diplomatie noch nicht dagewesen.

Dann wurde alles still um die Angelegenheit Birk. Im Juni dieses Jahres hieß es aber plötzlich, er habe Rußland verlassen und sei in Reval eingetroffen. Die eigentliche Sensation brachte aber erst sein Prozeß. Dieser ergab unzweifelhaft, daß Birk das

Opfer eines Intrigenspiels der Außenabteilung der GPU.

geworden war. Ja, noch mehr. Die gleiche Doppelpielorganisation, deren Hauptaufgabe die Zusammenfassung und Entlastung der russischen Monarchisten war, hatte auch im Falle Birk ihre Hände im Spiel. Einer der Hauptagenten dieser Organisation, Opperpu, dessen angebliche Erfindung, wie erinnerlich, vor kurzem die Sowjetzeitungen meldeten, hatte von Finnland aus dem Untersuchungsrichter in Reval seine Aussage eingeschickt. Opper-

puts Befundungen stimmten mit den Aussagen Birks überein. Sie begannen mit der Schilderung, wie es Ende des Jahres 1921 dem Bevollmächtigten der damaligen altrussischen Tsheta, Rajonnik, unter dem Namen Kolesnikow gelang, in Reval mit den früheren russischen Offizieren Artamanow und Schtschelgatshew in Verbindung zu treten und sie zu überzeugen, daß er von einer antibolschewistischen Organisation zu ihnen gelandt worden sei. Als im Jahre 1922 Roman Birk, ein Namensvetter des Gesandten Abo Birk, in die estnische Gesandtschaft in Moskau berufen wurde, vermittelte dieser anfangs unbewußt die Beziehungen zwischen der angeblichen antibolschewistischen Organisation, der

etwa 50 geheime Mitarbeiter der GPU.

angehörten, und den beiden russischen Offizieren in Reval. Diese wieder unterhielten eifrige Beziehungen zum estnischen Generalität, dem sie gegen Bezahlung verschiedene Dokumente über die Rote Armee befohlen. Die Dokumente wurden zum Teil in einer besonderen Abteilung der GPU angefertigt, zum Teil waren sie echt, hatten jedoch keinen Wert.

Roman Birk wurde eines schönen Tages in eine Sadgasse gelockt, in ein Auto gesetzt und in eine Verhörmannschaft gebracht, die er — als geheimer Mitarbeiter der GPU — verließ.

Zu Anfang des Jahres 1924 erhielt diese Spionageabteilung vom Chef der GPU, Dershiniki, den Befehl, jemand von den bedeutendsten baltischen Diplomaten für sich zu gewinnen. Die Wahl fiel auf den estländischen Gesandten Abo Birk und den Gesandtschaftssekretär Joggil. Den letzteren gelang es, sehr bald einzuliegen, komplizierter gestaltete sich aber die Sache mit Birk. Als Werkzeug bediente man sich hierbei des Mittärratschkes Kurst, von dem übrigens behauptet wird, daß er sich schließlich auch in den Diensten der GPU befunden habe. Die Kurst spielte man eine Anzahl Tatsachen in die Hände, aus denen hervorgehen sollte, daß Birk zu spekulativen Zwecken Waren nach Estland ausgeführt

Ein Dokument der Not.

Die russische Opposition über die Lage der russischen Arbeiter.

Die Plattform der russischen Opposition, die im Verlage der „Fahne des Kommunismus“ erschienen ist, ist mit ihren Tatsachenaussagen über die Lage in Russland ein erschütterndes Dokument. Man vermeint — namentlich in den Absätzen über die Lage der Landarbeiter — die Feststellungen über die menschenunwürdige Lage der Arbeiter zur Zeit des wilden, aufstrebenden Kapitalismus zu lesen, die sich in englischen Blaubüchern um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und bei Marx finden.

Wir geben über die Lage der Arbeiterklasse wieder: „Die Wiederherstellungsperiode gab eine ziemlich rasche Erhöhung des Lohnes bis zum Herbst 1925. Die bedeutende Senkung, welche im Jahre 1926 begann, wurde erst im Anfang 1927 überwunden. Der Monatslohn in den ersten zwei Vierteljahren des Wirtschaftsjahres 1926 auf 1927 bildete durchschnittlich in der großen Industrie, gerechnet in Moskauer Rubel, 30 Rubel 67 Kopeken (rund 60 Mark im Monat) und 30 Rubel 33 Kopeken gegen 29 Rubel 68 Kopeken im Herbst 1925. Im dritten Quartal betrug der Reallohn nach vorläufigen Berechnungen 31 Rubel 62 Kopeken. So blieb der Reallohn im jetzigen Jahr ungefähr auf dem Niveau des Herbstes 1925.“

Selbstverständlich ist der Reallohn und das allgemeine materielle Niveau der einzelnen Arbeiterkategorien und der einzelnen Bezirke, vor allem der Hauptstädte Moskau und Leningrad zweifellos höher als das genannte mittlere Niveau; aber andererseits ist das mittlere Niveau sehr breiter Arbeiterkreise bedeutend niedriger als selbst diese mittleren Zahlen.

In realen Rubeln ist das Ausgabenbudget einer Arbeiterfamilie seit 1924/25 kleiner geworden. Die Erhöhung der Miete zwingt, einen Teil des Wohnraumes zu vermieten.

Die Arbeitslosen fallen direkt oder indirekt dem Budget des Arbeiters zu Lasten. Das Budget wird angegriffen durch den schnell wachsenden Konsum von Spirituosen. Das Ergebnis ist

eine offenkundige Senkung des Lohnniveaus.

Im Jahre 1926 ging eine offenkundige Verschlechterung des Verhältnisses des Lohnes der Arbeiterin zu dem des Arbeiters auf fast allen Gebieten vor sich. Bei den ungelerten Arbeitern bildete im März 1926 in den verschiedenen Industriegebieten der Lohn der Frauen 51,8 Proz. bis 61,7 Proz. des Lohnes der Männer. Es werden nicht die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen der Frauen auf solchen Gebieten ergriffen wie in der Textilindustrie, Leder- und Entladearbeiten usw.

Nur 20 Proz. der Landarbeiter sind durch die Gewerkschaften erfasst. Die Registrierung der Lohnverträge, die durch die Bank überwacht sind, ist kaum eingeleitet. Der Lohn der Landarbeiter ist für gewöhnlich niedriger als das staatliche Minimum und zwar häufig sogar in Sowjetwirtschaften.

Der Reallohn beträgt im Durchschnitt nicht mehr als 63 Proz. des Vorkriegslohnes.

Der Arbeitstag beträgt selten weniger als zehn Stunden, in der Mehrzahl der Fälle aber ist er faktisch nicht beschränkt. Der Lohn wird unregelmäßig ausgezahlt mit außerordentlichen Verspätungen. Die außerordentlich schwere Lage der Arbeiterklasse ist nicht nur ein Ergebnis der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues in einem rückständigen Bauerlande, sondern auch eine unbestreitbare Folge eines fallenden Kurses, der in der Praxis, in der Wirklichkeit, im Leben, seine Hauptaufmerksamkeit den oberen Schichten des Dorfes, keineswegs aber seinen unteren Schichten widmet.

Dieser Auschnitt sagt den deutschen Arbeitern mehr, als hundert Reden sogenannter Arbeiterdelegationen.

habe. Gleichzeitig wurden in die Sowjetpresse Nachrichten lanciert, die geeignet waren, Birt vor seinen Vorgesetzten zu kompromittieren. Zwischen Kurst und Birt begann ein Kampf. Auf der Seite des ersteren stand der estländische Generalstab. Der Kampf wurde geführt durch von der GPU. ausgestreute Gerüchte über Birts angebliche geheime Konferenzen mit Tschitscherin. Das sowjetrussische Außenkommissariat dementierte diese Gerüchte in einer äußerst verdächtigen Weise. Der Dezernent für baltische Staaten, Lukanowski, suchte auffallend oft Zusammenkünfte mit Birt. Dann teilte die Spionageabteilung eines Tages Kurst mit, daß Birt

Verhandlungen über seinen Uebergang in den Dienst des Außenkommissariats

führe. Der Attaché verlangte in Reval die Verhaftung Birts und seine Uebergabe an das Gericht. Andererseits wurde wieder Birt durch die GPU. von Kursts Maßnahmen gegen ihn in Kenntnis gesetzt, und es wurde ihm zu verstehen gegeben, daß seinem Leben Gefahr drohe.

Die Berichte des Militärattachés nach Reval, die Zeitungsnotizen, die Differenzen zwischen den verschiedenen Mitgliedern der estnischen Gesandtschaft und Birt führten dazu, daß man in Reval gegen diesen mißtrauisch wurde. Man trug sich mit dem Gedanken, ihn seines Postens, den er bereits vier Jahre innehatte, zu entheben, beschloß jedoch, ihn zuerst persönlich anzuhören, zu welchem Zwecke er nach Reval eingeladen wurde. Am 28. Mai 1926 wurde ihm vorgeschrieben, sofort nach Reval zu kommen. Er wollte dem Befehl Folge leisten, doch gelang es Lukanowski, ihn zu überreden, in Rostau zu bleiben. Birt beschloß, sich nach Südrussland zu begeben, besorgte sich ein türkisches und ein französisches Visum und verließ, ohne Abschied zu nehmen, am 20. Juni das Gesandtschaftsgebäude. Als er sich darauf am selben Tage im Außenkommissariat zwecks Rücksprache befand, merkte er, daß man die Absicht habe, ihn zu verhaften, und bemühte einen unbewachten Augenblick, um zu verschwinden.

Er fuhr nach Penningrad, wo er am 31. Juni sich mit dem estländischen Konsul Ranger in Verbindung setzte. Mit dessen Hilfe versuchte er nun, Rußland über die finnische Grenze zu verlassen. Als Birt und Ranger sich an der Grenzstation Bjelostrom im Bisset befanden und letzterer sich für kurze Zeit entfernt hatte, wurde

Birt plötzlich von Abgesandten der GPU. gepackt,

in ein Auto gesetzt und in einen Borort von Leningrad gebracht. Am selben Tage erschien bei ihm der Dezernent für baltische Staaten am Außenkommissariat, Lukanowski, und verlangte von ihm einen Brief, aus dem hervorgehen sollte, daß er freiwillig in Rußland geblieben sei.

Aus Leningrad wurde Birt nach Rostau gebracht und hier unter Bewachung der GPU. gehalten. Unter dem feindseligen Druck, der auf ihn ausgeübt wurde, willigte Birt ein, die beiden Schriftstücke aufzusetzen, die später mit einigen Änderungen in der „Nowstija“ erschienen. Unter anderem war bei ihm auch der russische Gesandte in Reval, Petrowski, erschienen, der ihm von der äußerst schwierigen Lage erzählte. In die seine Familie geraten sei. Nachdem Birt noch ein Interview an die Presse gegeben hatte, wurde ihm von dem Mitglied des Kollegiums des Außenministeriums, Aralow, mitgeteilt, daß er zwar nicht ins Ausland gelassen würde, jedoch in die Krim fahren dürfe.

Am 20. September fuhr Birt in die Krim und von dort nach Tiflis. Auf der Station Prochladnaja traf er

zufällig mit dem finnischen Gesandten Hakzell

zusammen, dem er über seine Lage Mitteilung machte. Am 4. Oktober wurde er darauf verhaftet — übrigens befand er sich die ganze Zeit unter Bewachung der GPU. — und nach Baronesch transportiert. Er schickte von hier aus einen Brief an Litwinow und begann einen Hungerstreik. Erst am 24. Januar wurde er nach Rostau zurückgebracht und hier in einem Hotel einquartiert. Nach wie vor befand er sich unter Bewachung.

Birt trug sich aber unablässig mit dem Gedanken der Flucht. Sie gelang ihm auch wirklich am 4. März dieses Jahres, als er sich in Bewachung eines Agenten der GPU. auf dem Spaziergang befand.

Er sprang auf eine vorüberfahrende Elektrische, verließ sie bald darauf und erschien nachts vollkommen durchnäßt in der norwegischen Gesandtschaft.

Diese setzte sich mit der estnischen Gesandtschaft in Verbindung, und so wurde es schließlich ermöglicht, daß Birt nach Estland zurückging, um hier vor Gericht zu erscheinen.

In der Affäre Birt spielt auch seine Freundin, eine gewisse Kera, eine Rolle. Man hatte sie auf Birts Wunsch zu ihm kommen lassen, sie durfte auch die ganze Zeit bei ihm sein und ihn begleiten; sie wurde aber, als sie gegen Birts Verhaftung protestierte,

in das Gefängnis der GPU

gesteckt. Dies in großen Zügen der Fall Birt. Es wird behauptet, daß er jetzt nach seinem Freispruch ins Ausland zu gehen beabsichtige, um hier seine Memoiren zu schreiben. Man dürfte auf sie gespannt sein.

Ein Geständnis.

Die Hitler-Partei bekennt sich zu Nordduben.

Wir lesen im Organ der Hitler-Bewegung, dem „Böhmischen Beobachter“, die folgende parteiamtliche Kundgebung: „Scheidemann-Untertäter.“

Zwei ehemalige Mitglieder der NSDAP., welche an dem angeblichen Attentat gegen Philipp Scheidemann, mit der immer noch unverdorrenen Hand, beteiligt waren, wurden nunmehr nach Abbüßung einer fünfjährigen (!) Zuchthausstrafe aus dem Zuchthause der neudeutschen Republik entlassen. Die Beiden liegen arbeitslos auf der Straße. Es ist Pflicht aller Parteigenossen, zu versuchen, den Beiden Arbeit zu vermitteln, oder, wo angängig, Arbeit im eigenen Betrieb zu geben. Es handelt sich um einen gelehrten Kaufmann und um einen Landarbeiter. Arbeitsangebote sind an die Gausleitung des Gaues Ruhr, Elberfeld, Wiesenstraße 27, zu richten.

NSDAP., Reichsleitung München.

Ein offenes Bekenntnis und eine Solidaritätserklärung mit den Nordduben Hystert und Dehlschlager, die den Genossen Scheidemann heimtückisch mit Blausäure ermorden wollten.

Diese Mörderpartei ist in Bayern amtlich gebildet und begünstigt worden, bis sie offen puschelt!

40% Beitragserhöhung ohne Rentenerhöhung

Was der Hauptausschuß in der Angestelltenversicherung durchführen will.

Die letzten Schleier sind gefallen. Es kann nicht mehr geleugnet werden, wohn der unter Führung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes stehende Hauptausschuß die Angestelltenversicherung bringen will. Im Best des DfV-Bundes befindet sich ein Dokument, dessen Echtheit unbestreitbar ist. Es ist der Bericht über die Sitzung der Siebenerkommission des Hauptausschusses vom 20. September d. J. Der Bericht ist unterzeichnet von Beschly, Vorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Nach diesem Bericht waren anwesend: Reif, Thal, Blau, Redes, Köstler, Bösch (DfV), Dr. F. Glah, Sander, Schulze (DfV); Brost, Männich, Dr. Wischer, Beschly (DfV); Wallbaum (Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten); Fischgrafe (Verband junger Kaufleute, DfV).

Was erstrebt der Hauptausschuß? Wir zitieren wörtlich:

„Wir finden uns mit dem gegenwärtigen System der Mittelabrechnung (Umlageverfahren für den Grundbetrag, Kapitaldeckungsverfahren für die Steigerungsbeträge) als Notmaßnahme ab. Unser Ziel ist, wieder zum Anwartschaftsdeckungsverfahren zurückzukehren, das wir als die beste Form der Mittelabrechnung anerkennen.“

Was bedeutet die Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren? Gewaltige Steigerung der Beiträge ohne Rentenerhöhung. Warum? Weil der Hauptausschuß sich einbildet, daß nur dieses privatkapitalistische Versicherungsprinzip Leistungssicherheit bedeutet. Ist das wahr? Wenn der Staat die Pensionsansprüche seiner Beamten nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren zu sichern hätte, dann müßten Reserven angesammelt werden, die das gesamte Volkseinkommen übersteigen würden. Das wäre ein mit Händen zu greifender Unsinn. Deshalb ist es noch keinem Menschen eingefallen, vom Staat zu verlangen, die Pensionsansprüche seiner Beamten mit Hilfe des Anwartschaftsdeckungsverfahrens zu sichern. Die Erfüllung der Pensionsansprüche ist auch ohne das Anwartschaftsdeckungsverfahren gewährleistet.

Eine Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren in der

Angestelltenversicherung bedeutet jedoch nicht nur gewaltige Steigerung der Beiträge ohne Rentenerhöhung.

Es verhindert auch auf alle Zeiten den sozialen Ausbau der Angestelltenversicherung.

Gleich nach Bekanntwerden dieses Dokuments über die Sitzung der Siebenerkommission des Hauptausschusses wurde ein bekannter Versicherungsmathematiker um Erstattung eines versicherungsmathematischen Gutachtens darüber gebeten, was eine Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren bedeuten würde. Das Gutachten liegt jetzt vor. Nach dem äußerst vorsichtig angestellten versicherungsmathematischen Berechnungen müßten die gegenwärtigen Beiträge

um mindestens 40 Proz. erhöht

werden, um die Voraussetzungen des Anwartschaftsdeckungsverfahrens zu erfüllen.

Die bescheidenste Verbesserung der gegenwärtigen Leistungen würde bei einer Rückkehr zum Anwartschaftsdeckungsverfahren eine noch größere Beitragssteigerung zur Folge haben. Jetzt wird auch verständlich, warum die Verbände des Hauptausschusses in allen ihren Kundgebungen die Forderungen der freien Angestelltenverbände zum Ausbau der Angestelltenversicherung als übertriebene Leistungsforderungen hinstellen, obwohl sich diese Forderungen in äußerst bescheidenen Grenzen halten und trotz Leistungserhöhung die Ansammlung eines respektablen Vermögens ermöglichen.

Der Hauptausschuß opfert die sozialen Interessen der Angestellten einem privatkapitalistischen Versicherungsprinzip.

Die Angestellten sollen dauernd hohe Beiträge bezahlen, aber nur niedrige Leistungen erhalten, damit die Angestelltenversicherung ein Milliardenvermögen an sammeln kann, das den Unternehmern dann wieder als billige Kredite zufließt.

Wer das verhindern will, wähle freigewerkschaftliche Vertrauensmänner, damit die Bahn frei wird für den sozialen Ausbau der Angestelltenversicherung.

Berlin gegen Hugenberg.

Die Deutschnationalen als Städtefeinde. — Eine leichtfertige Auskunfts des Reichsfinanzministeriums.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung nahmen gestern Abend Genosse Dr. Lohmann als Redner der Sozialdemokratischen Fraktion und Oberbürgermeister Dr. Böhsch stark Stellung zu den Angriffen der Hugenbergschen „Nachtausgabe“ gegen die Finanzgebarung der Stadt Berlin.

Der Oberbürgermeister teilte mit, daß der Heftartikel auf eine Auskunfts des Pressechefs im Reichsfinanzministerium zurückzuführen sei, die ohne jede sachliche Grundlage gegeben wurde. Der Oberbürgermeister bedauerte, daß es möglich war, durch diesen Artikel die Stadt Berlin und die Selbstverwaltung überhaupt in so bedenklicher Weise bloßzustellen.

Genosse Dr. Lohmann sprach sich in schärfster Weise gegen die „Nachtausgabe“ und die hinter ihr stehenden Deutschnationalen aus und bezeichnete den Artikel als eine Denunziation der Finanzgebarung der Stadt bei den Ausschichtsbehörden und beim Reparationsagenten, die geeignet sei, die Kreditwürdigkeit der größten deutschen Stadtverwaltung zu schädigen. Die Deutschnationalen ließen die Urheberchaft an dem Artikel bestreiten; ihre Partei sei nicht stadtfeindlich, sondern stehe zu einer „vernünftigen Selbstverwaltung“ (!).

Herr Schäkel erstattet Bericht.

Die Finanzlage der Reichspost.

Der Herr Reichspostminister Schäkel wird heute in einer verbräutlichen Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost über deren Finanzlage Bericht erstatten. Diesem Bericht darf die Öffentlichkeit mit einer gewissen Spannung entgegensehen, weil er nicht nur zeigen muß, welche betrieblichen und finanziellen Erfolge die Portoerhöhung der Reichspost ge-

bracht hat, sondern auch, ob die vielumtölpelte Portoerhöhung, die der Reichstag übrigens noch nicht genehmigt hat, berechtigt war. Herr Dr. Schäkel wird sich auch über das Umstellungs- und Verbesserungsprogramm zu äußern haben, das er den Kunden der Reichspost als Kompensation für die schweren Neubelastungen versprochen hat. Ein Berliner Blatt verrät, daß von diesen Umstellungen im ganzen noch nicht viel zu spüren war, daß aber Bayern, die Heimat des Herrn Schäkel, schon gewisse Vorteile daraus gezogen habe. Hoffentlich kommt Herr Schäkel diesmal sofort mit der Farbe heraus, so daß sich das von früher bei ihm gewohnte Theater nicht wiederholt.

Geschrei von draußen.

Deutschnationale Erfindungen über preussische Beamte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ereifert sich nachträglich über die Personalpolitik der Preußenregierung, im Speziellen über die Erhebung des Staatssekretärs Ramm im Landwirtschaftsministerium durch den Regierungspräsidenten von Bieleburg, Genossen Kräger. Sie behauptet, Minister Steiger sei von dem Personalwechsel nicht erbaut:

„Er hat nämlich mit Herrn Dr. Ramm einen Privatdienstvertrag abgeschlossen, in dessen Verlauf der Staatssekretär a. D. einige wichtige Reserverate, wie das der Düngemittel und das der Moor- und Bodlandkultur, weiter bearbeitet. Des neuen Staatssekretärs gellungstüchtige Kräfte reichen also offenbar nicht an die seines Vorgängers im Amte heran.“

Dr. Ramm bearbeitet noch einige wenige Sondergebiete, die mit den Aufgaben des Staatssekretärs nicht in Verbindung stehen. Es ist freie Erfindung, daß mit Dr. Ramm ein Privatdienstvertrag abgeschlossen worden sei. Von „Bestimmungstüchtigkeit“ sollten die Freunde des Herrn v. Kündell besser nicht reden. Im übrigen verfluchen wir den Schmerz, daß es vorbildlich mit dem konservativen Ronspal auf die preussische Verwaltung. Daher das Geschrei der außen Befindlichen.

Nachwahlen in Mecklenburg.

Beschluß des Landtags.

Schwerin, 10. November. (III.)

In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Landtages für Mecklenburg-Schwerin kam es zu einer stellenweise stürmischen Debatte über den Antrag des Wahlprüfungsausschusses, in den mecklenburgischen Ortschaften Sietow, Grambow und Reppelin die Landtagswahlen für ungültig zu erklären und Nachwahlen zu veranstalten.

Diese Ausprache begegnete besonderem politischen Interesse, weil die Möglichkeit besteht, daß im Falle einer Nachwahl es den Demokraten gelingt, die ihnen fehlenden 12 Stimmen zur Entsendung eines zweiten Abgeordneten zu erhalten. Mit dem Einzug eines weiteren demokratischen Abgeordneten in den Landtag würde die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung über eine stabile Mehrheit verfügen und nicht mehr wie bisher von den Kommunisten parlamentarisch abhängig sein.

Während der sozialdemokratische Sprecher die Berechtigung der gegen die Wahlgültigkeit erhobenen Beschwerden mit Ausnahme der Ortschaft Reppelin unterstrich und sich im übrigen für den Antrag des Wahlprüfungsausschusses einsetzte, wurde von dem Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Professor Dr. Giesecke, betont, daß der Wahlprüfungsausschuß mit seinem Antrag über seine Befugnisse weit hinausgegangen sei und sich in Widerspruch mit der mecklenburgischen Verfassung setze.

Der Landtag nahm schließlich mit den Stimmen der Regierungsparteien den Antrag des Wahlprüfungsausschusses unter Ausschluß der Ortschaft Reppelin an, so daß in Sietow und Grambow Nachwahlen stattfinden werden.

Verkirchlichung der Gemeinschaftsschule

Entscheidende Beratung im Bildungsausschuß.

Bei der gestrigen Weiterberatung des Reichsschulgesetzes im Bildungsausschuß trat man in die Beratung des § 3 ein, der die Gemeinschaftsschule behandelt. Absatz 2 des § 3 bestimmt, daß die deutsche Volksschule ihre Aufgabe „auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen“ erfüllen soll.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) erklärte, die Gemeinschaftsschule dürfe keinen religiösen Charakter bekommen, da dies nicht dem Sinne der Verfassung entspreche. Die Gemeinschaftsschule sei die allgemeine Staatschule, ohne konfessionelle Besonderheit.

Abg. Schulz (Soz.) betonte, daß gerade in dieser Beziehung der verfassungswidrige Charakter der Vorlage zum Ausdruck komme. Die Gemeinschaftsschule, wie man sie in Weimar schaffen wollte, sollte keine weltliche Schule sein. Selbst die bayerische Regierung sei sich darüber klar gewesen. Wenn jetzt eine Gemeinschaftsschule mit religiösem Charakter geschaffen werden sollte, so sei dazu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Dr. Kuntze (D. Rp.) vertrat den Standpunkt, die Gemeinschaftsschule könne nicht eine weltliche Schule sein, sondern müsse die christliche Simultanschule sein. Die Deutsche Volkspartei fordere daher die christliche Gemeinschaftsschule und lehne die sozialdemokratische Schule ab, die eine weltliche Schule mit angehängtem Religionsunterricht sei.

Abg. Rheinländer (Z.) trat ebenfalls für die christliche Gemeinschaftsschule ein, damit die Kinder der Gemeinschaftsschule „so viel wie möglich vom christlichen Geist bekommen“.

Weiterberatung Freitag.

Röhlers Beforderungsvorlage.

Der Wohnungsgeldzuschuß der Ledigen. — Kinderbeiträge.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt führte in der Sitzung vom Donnerstag die Beratung des Beamtenbeförderungsgesetzes bei § 10 weiter. § 10 will die ledigen, insbesondere die weiblichen Beamten bei der Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses erheblich ungünstiger stellen, als die Verheirateten. Die Regierungsvorlage bestimmt nämlich, daß ledige Beamte den Wohnungsgeldzuschuß nach der nächstniedrigeren Tarifklasse erhalten sollen und daß an Stelle des Wohnungsgeldzuschusses VII hierbei die um 40 Proz. gekürzten Sätze treten sollen.

Der Reichsrat war dieser Vorchrift nicht beigetreten, sondern verlangt eine Regelung, nach der die ledigen Beamten den Wohnungsgeldzuschuß stets nur zur Hälfte erhalten sollen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des ganzen Paragraphen wurde von den Genossen Steinkopf und Bender, sowie der Genossin Schach verteidigt, verfiel aber ebenso wie die Fassung des Reichsrats der Ablehnung.

Es gelangte lediglich ein Antrag der Regierungsparteien zur Annahme, der hinter die Worte „ledige Beamte“ einfügt: „bis zum vollendeten 45. Lebensjahr“ und der festsetzt, daß diese einschränkende Bestimmung für Geistliche nicht gilt.

Auch die Frage der Kinderzuschläge, die für jedes ehe-liche Kind bis zum vollendeten 21. Lebensjahr nach der Regierungsvorlage auf monatlich 20 M. festgesetzt werden soll, rief eine ausgedehnte Debatte hervor, in deren Verlauf 18 Abänderungsanträge einliefen.

Genossin Böhm-Schuch hat im Interesse der Kinder, diesen Kinderzuschlag, der absolut unzulänglich sei, zu erhöhen. Die Bitte begegnete aber bei den Regierungsparteien tauben Ohren.

Ein großer Teil der gestellten Abänderungsanträge bezog sich auf die Regelung der Verhältnisse der unehelichen Kinder, über die in der Vorlage bestimmt wird, daß sie den ehelichen Kindern gleichstehen, wenn die Vaterschaft des Beamten festgestellt ist und er das Kind in seinen Hausstand aufgenommen hat oder wenn der volle Unterhalt von dem weiblichen Beamten als Mutter gewährt werden muß.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurde nur ein sozialdemokratischer von dem Genossen Steinkopf und der Genossin Schach begründeter Antrag angenommen, der die Vorlage dahin erweitert, daß uneheliche Kinder den ehelichen auch dann gleichstehen sollen, wenn der Vater zwar das Kind nicht in seinen Hausstand aufgenommen hat, aber auf andere Weise nachweislich für seinen vollen Unterhalt aufkommt.

Weim § 19, der die Nebenbezüge der Angehörigen der Reichswehr und Marine und des Wasserfahrges, wie Kleiderbeihilfen usw. behandelt, wendet sich Genosse Stücken gegen eine Bestimmung, nach der nunmehr auch den Generalen eine Kleiderbeihilfe gegeben werden soll. Genosse Stücken betont, daß eine Notwendigkeit in keiner Weise anerkannt werden könne, denn keinesfalls sei die Kleiderabnutzung bei Generalen höher, als bei gleichgestellten Zivilbeamten, bei denen eine solche Beihilfe selbstverständlich nicht gegeben werde. Er wolle auch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß das Wehrministerium aus eigener Entschiedenheit den Offizieren, die zu irgendwelchen Verhandlungen nach dem Ausland geschickt wurden, je 1200 M. gegeben habe, angeblich weil die Herren über Zivilkleidung nicht verfügten. Das Verlangen, den Generalen Kleiderbeihilfen zu geben, sei um so unverständlicher, als diese hohen Offiziere im Gehalt ganz erheblich heraufgesetzt worden sind. Genosse Stücken beantragte, diese Verwendung für die Generale zu streichen.

Den Regierungsparteien waren diese Ausführungen sichtlich sehr unangenehm und sie lehten durch, daß die betreffende Bestimmung zunächst zurückgestellt werde.

Reißt Euch in die Front!



Bereinzelt seid Ihr nichts, vereint alles!

Revolutionäre Keilerei am Wedding.

Auch eine Feier des Sowjetjubiläum!

Die „Weddinger Opposition“ hatte gestern abend wieder einmal ihren „großen Tag“. Es galt, die vor Wochenfrist eingeleitete Auseinandersetzung Ruth Fischer—Hedeker zu Ende zu führen. Die Pharyx-Säle waren mit „rechten“ und „linken“ Kommunisten überfüllt, doch hatten die „Linken“ nicht nur die Deutung, sondern auch offenkundig die Mehrheit.

In einer höherfüllten Atmosphäre wurde zunächst die Diskussion fortgesetzt, in der Redner der Linken, auch aus der Provinz, gegen die Stölkchen in Ruhland und vor allem in Deutschland fürchterliche Anklageden hielten. Vor allem wurde Pief auf Korn genommen und ihm alle seine Sünden vorgehalten.

Die Vorwürfe der deutschen Trozkisten gipfelten in der Anklage, daß die KPD-Zentrale

auf dem Marsche in das Lager der Sozialdemokratie

sich befinde.

Nun sollte Fritz Hedeker im Namen der Zentrale und gestützt auf einige hundert „orthodoxe“ Kommunisten und rote Frontkämpfer sein Schlusswort halten. Kaum war er auf dem Podium erschienen, da hagelten die Zwischenrufe nur so. Er war gerade im Begriff, den Vorwurf des Menschewismus auf die Ultralinken zurückzuführen, als ein fürchterliches Tohwasohohu im Saal entstand. Man hörte etwas von „beschlagnahmten Gummiknäp-peln“, Schimpfworte flogen durch die Luft, Biergläser klirrten und zerbrachen, Zäufte redeten sich, bis schließlich der Tumult in eine regelrechte Keilerei

ausartete, die selbst Ruth Fischer nicht zu bremsen vermochte, obwohl sie nur zu gern auch noch ein Schlusswort gehalten hätte. Stalinisten und Trozkisten, Scholemlen und Thämannen schlugen mit Fäusten und Knäpeln aufeinander ein, so daß die Versammlung schließlich geschlossen werden mußte. Die Kämpfeleien setzten sich nach Mitternacht auf der Müller- und der Seestraße fort.

So trugen auch die Kommunisten beider Richtungen im hohen Norden Berlins dazu bei, durch ihr widerwärtiges und groteskes Verhalten unbewußt und indirekt für die Sozialdemokratie zu werben, der es nur zur Ehre gereichen kann, daß sie von dieser Gesellschaft ohne Unterschied der Richtung bekämpft und angepöbelt wird.

„Der Lehrer am Kreuz.“

Eine „Berichtigung“.

Im August dieses Jahres veröffentlichten wir eine Zuschrift aus dem Osten des Reiches, die den tragischen Tod des Lehrers Rihmann behandelte. Darin war auch der katholische Pfarrer Domanzi erwähnt. Von diesem erhalten wir jetzt, im November, auf dem Umwege über ein Rechtsanwaltsbureau in Köln folgende Berichtigung:

Zu dem den verstorbenen Lehrer Rihmann zu Glimmen betreffenden Artikel in Nr. 314 des „Vorwärts“ vom 21. August 1927 bemerke ich:

Es ist erstens un wahr, daß ich die Heirat des Lehrers mit einer Protestantin verhindern wollte, vielmehr wahr, daß ich hierzu gar nicht in der Lage war, da die Trauung in Berlin stattfinden sollte.

Es ist zweitens un wahr, daß ich „erreichte, daß sich die Gemeinde gegen den Lehrer zur Wehr setzte“, vielmehr wahr, daß weder ich dies herbeiführen wollte noch dies eingetreten ist, im Gegenteil, der Lehrer im besten Einvernehmen mit den Katholiken stand.

Es ist drittens un wahr, daß die Kinder in passiver Resistenz verharrten, vielmehr wahr, daß der Unterricht ohne Störung verlief und der Lehrer bei den Kindern sehr beliebt war.

Es ist viertens un wahr, daß der Lehrer in Glimmen kein Offen bekam, vielmehr wahr, daß ein Katholik ihn bedrückte. Jarzewo, den 31. Oktober 1927.

Dr. Domanzi, Pfarrer.

Die Berichtigung entspricht den formalen Bestimmungen des Pressegesetzes. Inwiefern stammte unsere Zuschrift aus so glaubwürdiger Quelle, daß die Berichtigung den Glauben an unsere Darstellung nicht zu erschüttern vermag.

Nicht einmal die Grabsteine respektiert der Faschismus: er hat geboten, daß selbst die Grabsteinaufschriften in Südtirol (italienisch) sein müssen. . . .

Abwehr des römischen Imperialismus.

Das französisch-südslawische Bündnis.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

Der südslawische Außenminister Marinkowitsch hatte vor-mittags eine zweistündige Unterredung mit Briand, die beim Frühstück fortgesetzt wurde. Wenn auch über den Inhalt der Aussprache strengstes Stillschweigen bewahrt wird, so zeigt doch schon die sehr lange Dauer, daß sie nicht nur den Formalitäten der für Freitag nachmittags festgesetzten Unterzeichnung des Vertrages gegolten haben kann. Die zum Teil recht scharfe Kritik, die der Vertrag nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch im un-terteiligten Ausland gefunden hat — von Italien und Bulgarien ganz zu schweigen —, legt die Vermutung nahe, daß die beiden Außen-minister den seit fast zwei Jahren in den diplomatischen Archiven ruhenden Vertrag einer gründlichen Revision auf seine inter-nationalen Wirkungen unterzogen haben.

Während die offiziöse Presse dem Abkommen jede politische Be-deutung abspricht, machen die unabhängigen Blätter kein Hehl daraus, daß seine Unterzeichnung die wohlüberlegte Antwort Frankreichs auf die italienische Stotterdemonstration vor Lauger darstelle. „An Rom — schreibt die „Information“ — hat man umso weniger Anlaß, sich über diesen Vertrag aufzuregen, als es ja nur an Mussolini gelegen hätte, ihm beizutreten. Da gleichzeitig der italienische Appetit auf Bizza, Sawonen, Kor-fika und Tunis nicht minder groß zu sein scheint als der auf die jugoslawische Adriaküste, so wird man sich in Italien nicht wundern dürfen, wenn etwa diese Drohungen die beiden nächst-beteiligten Nationen veranlaßt haben, sich enger als bisher zu-sammenzuschließen. Die italienische Politik, die offenbar den Glauben hat, auf dem Balkan das Erbe der Habsburger anzutreten, muß es sich selbst zuschreiben, wenn die Bedrohten sich zu gemeinsamer Abwehr zusammenschließen.“

Die in deutschen Faschistenblättern begrifflicherweise vertretene These, daß der französisch-südslawische Vertrag sich in noch härterem Maße als gegen Italien gegen Deutschland richte, wird in den hiesigen politischen Kreisen auf das entschiedenste bestritten.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Die alte Bevölkerungszahl wieder erreicht.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

In der Kammerdebatte über die befreiten Gebiete teilte Bau-minister Tardieu mit: 98 Proz. der Vorkriegsbevölkerung sind in die zerstörten Gebiete zurückgekehrt, 67 Proz. der landwirtschaft-lichen und Wohngebäude und 88 Proz. der Industriebauten sind wieder hergestellt. Für Schäden an unbeweglichem Eigentum sind bisher 72 Milliarden Franken gezahlt worden. Gezahlt werden müssen noch 13 Milliarden.

Antibritischer Boykott.

Gegen den Verfassungsausschuß in Indien.

Kalkutta, 10. November. (WZB.)

Die Haltung der öffentlichen Meinung in Indien gegen die beabsichtigte Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Be-ratung der indischen Verfassungsfrage scheint sich zu vertiefen. Die nationalistische Presse übt heftige Kritik an dem Plan. Die Blätter geben Nachrichten aus allen Teilen Indiens wieder, in denen der Rat erteilt wird, den Verfassungsausschuß zu boy-kottieren.

„Rasputin.“

Erstaufführung in der Piscator-Bühne.

Die Piscator-Bühne führte gestern das russische Raspu-tin-Stück auf. Es war ein großer Erfolg bei Ostpreußen und Neu-gierigen. Das eigentliche „Rasputin“-Drama läuft in die kommuni-stische Manifestation aus. Die Internationale und Lenins Ver-sprechen, die ganze Welt zu beglücken, schließen das Stück. Ob beides, Theater und trodenes Manifest, jemals einig werden können, das soll untersucht werden. W. J.

Von Kohl, Rüben und Kartoffeln.



Winterforgen des Kleingärtners.

Die Felder werden leer und der Wind läßt müßiges Verweilen im Garten nicht zu. Glücklicherweise ist das Wetter in der letzten Zeit trocken gewesen, was für das Einern des Kohls besonders wichtig ist: Kohl, der nah geerntet und in den Keller gebracht wird, fault schnell weg, vorsichtige Leute stellen den Kohl zunächst acht Tage lang auf den Kopf, damit Wasser, das sich zwischen den Blättern etwa vorfindet, herausläuft. Aber der Keller ist überhaupt kein idealer Aufbewahrungsraum für den Kohl; die dicke Packung, zu der man durch den beschränkten Raum genötigt wird, läßt Fäulnis schnell übergreifen, auch ist es im Keller meist zu warm. Am besten hält sich Gemüse bei 3 bis 4 Grad Wärme.

Wer Kohl im großen — morgenweise — zieht, wird zu der Aufbewahrung in Koblischeunen, die mit einer Heizung versehen sein müssen, sich orientieren, nur so kann er Kohl bis zum Frühjahr intakt halten und dann durch den Preis seine Mühe auch belohnt sehen. Der kleine Landmann wird zu der Erdgrube greifen, am besten für jede Kohlsorte eine besondere, nicht zu große Grube ausheben. In ihr die besten Köpfe in Reihen nebeneinander einschlagen und dann ein Schutzmaterial darüber geben, das mit der wachsenden Kälte verstärkt werden muß. Am besten eignen sich als Deckmaterial Stroh, Schilf, Tannenreisig. Eine andere Methode ist, über die Grube Stangen zu legen, an die man den Kohl mit den Stielen anbindet, so daß die Kohlköpfe frei hängen. Eine Lage Stroh und etwas Erde schützt den Kohl; wird es kälter, kommt mehr Erde darüber. Bei trockenem, frostfreiem Wetter öffnet man die Grube an einer Stelle, damit die Dünfte abziehen können. Eine viel gelobte einfache Aufbewahrungsmethode ist, den Kohl umgekehrt in die Erde stecken, so daß der Strunk nach oben steht; dann wird zuerst mäßig, später reichlich abgedeckt. Diese Methode erleichtert die Herausnahme des hässlichen Bedarfs. Daß man den Kohl nicht zu früh aberntet soll, ist deshalb wichtig, weil gerade gut ausgereifter Kohl sich am besten hält. Vor allem hätte man sich, kauft oder weilt Blätter an dem Einschlagkohl zu lassen; auch sollen die einzelnen Köpfe im Einschlag sich nicht berühren. Daß Grünkohl durch Frost erst seine richtige Güte erhält, ist bekannt. Den anderen Kohlsorten bekommt jedoch ein stärkerer Frost nur schlecht.

Bei den Wurzelgemüsen, den Mörrüben, Sellerie, Petersilie, rote Rüben, Porree, ist darauf zu achten, daß bei dem Heraus-

nehmen keine Beschädigung der Rübe usw. stattfindet. Hat der Spaten die Rübe oder Knolle beschädigt, so tritt leicht Fäulnis ein. Von den Rüben wird das Kraut abgedreht, bei Sellerie und Petersilie werden die äußeren Blätter abgeschnitten, so daß die jungen Blätter erhalten bleiben, die ja als Suppengrün oder zur Dekorierung Verwendung finden. Man kann Rüben ähnlich wie den Kohl in Gruben ausheben, die eine Strohpollerung haben und frostfrei abgedeckt werden, oder man kann sie, was namentlich für große Exemplare, auch für Futterrüben in Betracht kommt, in der Grube schichtweise einlegen, so daß jede Schicht von der anderen durch eine Erdschicht getrennt ist. Die oberste Schicht wird dann wie üblich geschüttet.

Für Wurzelgemüse eignet sich aber auch der Keller als Aufbewahrungsraum. Man schlägt sie in weichen Sand ein, der sie gut konserviert. Na man wenig Platz, so kann man auch im Keller schichtweise übereinander einschlagen. Wird die Erde über der Sand zu trocken, so muß er mäßig angefeuchtet werden. Will man, daß die Wurzelgemüse im Keller etwas Grünes hervorbringen sollen, so muß man ihnen einen hellen Platz anweisen. Der Porree ist winterhart; da aber das Einbringen des erforderlichen Bedarfs bei Schnee nicht zu den Annehmlichkeiten gehört, so wird man ihn noch vor Eintritt des Frostes ausheben und an geschützter Stelle wieder einsehen. Aufbringen von Erde und etwas Deckmaterial schützt dann auch den empfindlichen Sommerporree.

Wenn man diese Arbeiten noch unter dem Schutze eines leeren Mistbeetes ausführt, so darf man ohne Sorge um das Schicksal des herangezogenen Gemüses sein. Man wird aber durch sachgemäßes Lüften und Decken bei Frost Vorkehrung dagegen treffen, daß die Temperatur in dem Kasten die bereits erwähnten 3-4 Grad nicht übersteigt. Das leere Mistbeet kann auch dazu dienen, Blumenkohl, der noch nicht ganz entwickelt ist, weiter zu fördern. Man schlägt ihn in genügender Entfernung voneinander ein und darf sich bei genügendem Schutz auf eine Raucherwärmung rechnen.

Bei den Kartoffeln wird man, sobald es sich um größere Mengen handelt, zum Einmieten greifen; kleinere Mengen, wie sie ein Haushalt erfordert, finden ihren Platz im Keller. Aber man soll die Kartoffel nicht zu hoch aufschichten, sie auch dann und wann umkehren und dabei faulende entfernen. Schutz gegen Tageslicht ist recht angebracht. Bestimmt für die nächste Kampagne bestimmten Saatkartoffeln in eine Miete oder Erdgrube, so muß man Sorge tragen, daß man zu ihnen gelangen kann, sobald es Zeit ist, sie vorzubereiten. Man muß also Vorkehrung treffen, daß auch bei starkem Frost ein Herausnehmen möglich ist.

Der Möllermord aufgeklärt.

Der Glienicker Täter gestern in Berlin verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, durch mühsame Kleinarbeit eines der schwersten Verbrechen, das in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigte, völlig aufzuklären. Gestern wurde der 23jährige Arbeiter Reinhold Krndt aus Thomsdorf bei Glienike unter dem dringenden Verdacht, den Möllermörder Emil Märker ermordet und beraubt zu haben, in Berlin verhaftet. Nach anfänglichem Leugnen gab der Verhaftete, der von Kriminalkommissar Werneburg in ein Kreuzverhör genommen wurde, unter der erdrückenden Last der Beweise die Tat zu.

Wir berichteten seinerzeit über dies mit erstaunlicher Kahlheit ausgeführte Verbrechen in der Drischolt Glienike im Kreise Beeskow-Storkow. Der 44jährige Möllermörder Emil Märker wurde in seiner Mühle, die etwa 300 Meter von seinem Gehöft entfernt steht, am Morgen des 15. September mit Schüssen in den Oberschenkel, die Lunge und in den Kiefer, von seinen Angehörigen tot aufgefunden. Die Verletzungen waren furchtbar. Eine Kugel hatte die Schlagader des linken Oberschenkels getroffen, eine andere hatte den ganzen Unterkiefer und einen Teil der rechten Wange zerstückelt. Wie die kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, hatte der Mörder bei der Ausführung der Tat Dum-Dum-Geschosse benutzt. Die Kriminalpolizei tappte zunächst völlig im Dunkeln, bis es nach langen Nachforschungen gelang, Anhaltspunkte zu gewinnen, die gestern zur Verhaftung des Täters führten.

In einer Bahnwärterhütte, die einige Kilometer von Glienike entfernt ist, wurde nach der Nacht eingebrochen. An der Fensterscheibe zeigten sich deutliche Fingerabdrücke. Da man auch den Einbruch mit der Wirtin in Zusammenhang brachte, wurden die Fingerabdrücke von der Polizei dem Erkennungsdienst des Berliner Polizeipräsidiums besonders überwiesen. Kriminalkommissar Lehmann gelang es, an Hand des Fingerabdruckes den Einbrecher in dem 23jährigen, aus Thomsdorf gebürtigen Transportarbeiter Reinhold Krndt, in Berlin zu ermitteln. Ueberraschend schnell wurde der Verhaftete fest des Mordes an dem Möllermörder überführt. Ueber die Gründe zu der Tat macht Krndt, ein Hüne von Gestalt, diese Angaben: Er hatte in Berlin ein Mädchen kennengelernt, das später nichts mehr von ihm wissen wollte. Um ihr zu imponieren, beschloß er, in die ihm wohlbekannte Gegend von Glienike zu fahren und Pferde zu stehlen, die er dann in Berlin zu Geld machen wollte. Da sich keine Gelegenheit zu dem geplanten Diebstahl bot, drang er in der Nacht bei Verwandten in Beerenborn ein und stahl u. a. einen geladenen Karabiner. Mit der Beute machte er sich auf den Weg nach Glienike. In dem Heuschaber der Mühle Märkers wollte er übernachten. Als er noch an der Tür herumhantierte, mußte er plötzlich von hinten einen Schlag über den Kopf erhalten haben. Er drehte sich um, und ihm gegenüber stand der Möllermörder. Krndt packte den Krndt, der geistig wohl nicht ganz auf der Höhe ist — er war im Felde veräppelt worden —, die Wut, und er gab auf Krndt mehrere Schüsse ab. Dann schleifte er die Leiche in den Mühlenraum, bedeckte sie mit Stroh und schlüpfte.

Nach der Vernehmung durch Kriminalkommissar Werneburg wird der Täter dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

„Rationelle“ Postbestellung.

Ran schreibt uns: Sollte die Reichspost ernstlich die allgemeine Anbringung von Hausbriefkästen in Berlin beabsichtigen, so würde das bedeuten, daß sie den Weg zu unrationeller Postbestellung beschwört, die sich die Hausbewohner, die Kunden der Post, nicht gefallen lassen sollten. Ist es rationeller, wenn ein Briefträger die vier Treppen eines Hauses emporsteigt, oder wenn nach jeder Postbestellung aus den vier Stockwerken je zwei, drei oder vier Personen, entsprechend der Zahl der Wohnungen im Briefkasten im Erdgeschoß nachsehen müssen? Zudem müßten die Hausbewohner oft umsonst an den Briefkasten laufen, weil der Briefträger nicht mit jedem Briefkasten etwas bringt, oder weil der Briefträger nicht immer genau zur gleichen Zeit erscheint. Die Einrichtung von Klingelsignalen, wie sie in kleineren Städten vom

Zement.

Roman von Fjodor Dostojew.

„Die Fläche haben Sie hier aufgefressen, Genosse Vorstehender, und Sie jagen ihnen mit einem Hammer in der Hand nach. Man muß die Sache großzügig anpacken: Die Rote Armee hat tausende Meilen durchrast und die ganze Entente geschlagen, und euer Kleinliches Herumwirtschaften züchtet nur unnütze Fresser. Was habt Ihr denn eigentlich Konkretes für den Wiederaufbau der Produktion getan? Gar nichts. Und diese Frage müßte man anders stellen, müßte mit Hartnäckigkeit aufs Ganze losgehen... jetzt gleich... ohne Atempause...“

„Gib zeichne mit breiter Handbewegung einen Halbkreis in der Luft und stelle ihn wie einen festen Turm vor sich.“

„Auch das weiß ich ebenlogut wie Sie, Genosse Tschumalow. Wir sprechen bei jeder Parteikonferenz darüber, auf den Kongressen der Räte und Gewerkschaften: produktive Kräfte, wirtschaftlicher Aufschwung der Republik, Elektrifizierung, Rekolonisation usw. Wo haben Sie aber die realen Möglichkeiten dafür?“

„Sie sind da.“
„Zeigen Sie sie.“
„Sie sind da... Und die Arbeitstrast? Pakt den Bauern am Bart und vereinnahmt seine Hände mit den Händen der Arbeiter.“

Der Vorstehende lächelte, in seinen Augen erlosch das Feuer der Neugierde.

„Auch das ist nicht neu, Genosse Tschumalow. Darüber wird in den nächsten Tagen auf der X. Parteikonferenz gesprochen werden.“

„Auch so, also das ist auch nicht neu...“
Dieser Arbeiter ist ebenso eigensinnig, wie er naiv und kurzschichtig ist. Das sind eben die Demagogen, die den normalen Gang der komplizierten Arbeit der Staatsleitung fördern. Diese besessenen Träumer schaffen aus Zukunftsbildern eine knatternde Romantik der Gegenwart, dieser Gegenwart, die vom Verfall zernagt und zerstört ist.

Der Vorstehende des Volkswirtschaftsrates kam mit einer Attentatschance ganz im gelbem Leder, von der Mühe bis zu den Stiefeln. Er hatte das ausgedunsene Gesicht eines Kasstraten, ein goldener Zwicker sah auf seiner Weibernase, und unter der Nase zwei schütterte Haarbüschel, die wie bronzefarbene

Fliegen aussahen. Ohne zu grüßen setzte er sich an den Tisch, Glas gegenüber, und erstarrte in einer Pose angespannter, unheimlicher Ruhe. Er bewegte weder den Kopf, noch die Hände, und sogar seine Augen waren wie aus Glas. Augen einer Wachfigur aus dem Panoptikum, in dem die Figuren wie lebendig dastehen und doch nur Wachspuppen sind.

„Höre, Schramm, was kann der Volkswirtschaftsrat vornehmen, wenn in den nächsten Tagen die Frage der teilweisen Inbetriebsetzung des Zementwerkes aufgeworfen wird?“

Es schien, als ob Schramm dem Vorstehenden des Exekutivkomitees nicht zuhörte. In seinem Gesicht zuckte nicht ein Muskel, und als er sprach, bewegten sich kaum seine Lippen. Er antwortete nicht auf Wadjins Frage und sagte deutlich, als ob er einen offiziellen Bericht abhalten würde, langsam, ohne Atempause, mit einer Stimme, die wie aus einem Grammophon kam.

„Der Volkswirtschaftsrat hat eine riesengroße Arbeit geleistet, er hat das Staatsvermögen, von der kompliziertesten Maschine bis zum ältesten Hufeisen, erhalten und registriert. Wir werden nicht gestatten, auch nur einen Nagel von dem Aufbewahren zu verschwenden und die Maschinen in Bewegung zu bringen, trotz der Berge von Projekten und Vorschlägen, die von allen möglichen Unternehmungen und Privatpersonen kommen.“

„Das ist alles recht gut. Aber jetzt wird der Volkswirtschaftsrat aus einem sparsamen Hauswirt ein unternehmungslustiger Wirtschaftler werden müssen. Dein Apparat wird von nun ab beweglicher werden müssen.“

Das Gesicht des Vorstehenden des Volkswirtschaftsrates blieb düster, unheimlich angespannt und nach Kasstratenart aufgedunsen.

„Der Volkswirtschaftsrat bekommt alle Angaben und Pläne nur vom Industriebureau.“

Der Vorstehende des Exekutivkomitees glitt mit düsterem, hartem Blick über ihn und stemmte sich mit seiner ganzen Schwere gegen den Tisch.

„Du verstedst dich hinter dem Rücken des Industriebureaus. Und weißt du auch, was bei dir, in deinen zwei Stockwerken vorgeht? Aus deinen geschriebenen Berichten ist zu ersehen, daß deine Arbeit darin besteht, daß du wieder und immer wieder Abenteuer aufnimmst. Du hast unzählige Abteilungen und einen Stab von zweihundert Menschen — aber von einer schöpferischen Tätigkeit ist bei euch nichts zu merken. Welche Absichten hat der Volkswirtschaftsrat für die nächste Zukunft — für die Werkstätten, Fabriken und Unternehmungen?“

„Der Volkswirtschaftsrat steht auf dem Standpunkt, daß man vor allem das Staatsvermögen schützen muß und keine zweifelhaften Unternehmungen zulassen darf.“

„Wie arbeitet die Forstverwaltung bei dir?“

„Das geht mich nichts an, oder besser gesagt, ich sehe nur indirekt in Verbindung mit ihr. Sie haben einen eigenen Apparat, der nur unter meiner Kontrolle steht.“

„Und was für Daten hast du über die Arbeit der Forstverwaltung?“

„Es werden planmäßig Vorräte in den Wäldungen vorbereitet.“

„Und die Zustellung des Brennholzes bis an Ort und Stelle?“

„Der Volkswirtschaftsrat hat damit nichts zu tun: das ist Sache der Bezirksbeheizungszentrale.“

„Also höre, Schramm. Die Stadt und die Vororte müssen bis zum Winter mit Brennholz versorgt sein. Die elektrische Station des Wertes muß sofort instandgesetzt und der Bremsberg gerichtet werden. Der Volkswirtschaftsrat muß diese Aufgabe raschest durch die mechanische Kraft des Wertes lösen.“

„Das ist nicht meine Sache, das ist Sache des Industriebureaus. Wenn das Industriebureau mir diesen Befehl erteilt, dann werden wir ihn auch ausführen.“

„Das ist unsere Sache und nicht Sache des Industriebureaus, und wir werden sie ohne Sanktionieren des Industriebureaus durchführen.“

Zum ersten Male glitt ein krampfhaftes Zucken, wie ein leiser Schatten über Schramms Gesicht. Aber seine Augen blieben gläsern und unbeweglich wie früher.

„Wie ist es mit den Anweisungen auf flüssiges Heizmaterial, das dem Wert zugeteilt werden soll?“

„Die Anweisungen kommen unregelmäßig. Nach statistischen Daten gehen dreißig Prozent durch Luftschiffen verloren. Von den Vorräten für das Wert, die sich in den Raffinerien befinden, müssen wir mit Erlaubnis des Industriebureaus einen Teil der Dampfmaschinen als Ergänzung ihrer Bestände abliefern. Was die Elektrifizierung des Wertes und die Aufrichtung des Bremsberges betrifft, so ist dies alles in den Plänen, die dieses Jahr vom Industriebureau bestätigt wurden, nicht vorgesehen. Die Sache müßte man zuerst an die staatliche Wiederaufbauzentrale und die Industrieabteilung zur Ausarbeitung und Zusammenstellung der notwendigen Berechnungen leiten, wobei ich ernstlich gegen dieses Projekt spreche werde, das nur zur Plünderung der Volksgüter und des Volkvermögens führen würde.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Internationale der Schieber.

Aufgewertete ungarische Goldrentenbriefe. — Holzmann als Entlarver.

Der ungarische Staat, der erst vor zwei Jahren durch die Frankfurter Konferenz des Fürsten Windischgrätz schwere Verluste erlitten hatte, ist jetzt wiederum durch raffinierte Schieberungen einer internationalen Finanzgruppe um hohe Millionenbeträge geschädigt worden.

Bekanntlich hatten die ungarischen Goldrentenbriefe nach dem Zusammenbruch nur einen ganz geringen Wert, jedoch wurde Ungarn im Friedensvertrag gezwungen, den Wertpapierbesitzern in den Entente-Ländern eine Prozentige Goldaufwertung zu garantieren. Diese Bestimmung machte sich das betreffende Finanzkonjunktum zunutze. Unter Führung des Wiener Großbankiers Blumenstein und der aus dem Ruiser-Prozess der deutschen Devisenpolitik wohlbekannten russisch-rumänischen Inflationsgewinnlern Lobbini und Rinzer, taufte dieses Konjunktum die fast wertlosen ungarischen Goldrentenbriefe auf und hinterlegte sie unter der Mithilfe einer hohen politischen Persönlichkeit in Frankreich bei der Caisse Commune in Paris. Durch fingierte Eigentumsübertragung an den französischen Sozialisten Millerand gehört, wurden sämtliche Wertpapiere bei der französischen Bank abgestempelt und von der ungarischen Regierung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages mit 30 Proz. des Goldwertes aufgewertet.

Die Begleitumstände, die zu der Aufklärung dieser raffinierten Betrügereien führten, entbehren nicht eines gewissen grotesken Beigeschmacks. In dem bekannten Ruiser-Prozess hatten sich die Mitangeklagten Philipp Holzmann und Rinzer gegenseitig schwer belastet, während es den Brüdern Lobbini noch rechtzeitig gelang, über die deutsche Grenze zu kommen. Die Papiere, die die beiden Lobbini hinterließen, waren für Holzmann gleichfalls schwer belastend. Seit dieser Zeit bestand zwischen Holz-

mann und den anderen Beteiligten am Ruiser-Prozess ein grimmer Haß. Durch Zufall erfuhr Holzmann von einem russischen Emigranten von den Schieberungen dieser Finanzgruppe, in der seine alten Gegner vom Ruiser-Prozess in voller Linie beteiligt waren. Mit Hilfe verschiedener Hintermänner gelang es Holzmann, genügend belastendes Material zu sammeln, das er nicht etwa aus moralischen Gründen, sondern nur, um an den verhassten Gegnern sein Rütchen zu füttern, der ungarischen und französischen Regierung vorlegte. Durch die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung ist der Kreis der beteiligten Personen noch erheblich erweitert worden. So wurden noch gestern bei der Durchsichtung des Pariser Bankiers des Bankiers Blumenstein weitere Papiere im Wert von 30 Millionen Franken gefunden, die auch zu diesen Schieberungen verwandt werden sollten. Auch ist die ungarische und französische Kriminalpolizei älteren Schieberungen derselben Art auf die Spur gekommen, die bis in das Jahr 1924 zurückzuführen.

Die Berliner Kriminalpolizei ist an der Aufklärung dieser Affäre bisher nur unwesentlich beteiligt gewesen, da die eigentlichen Zentren der Betrügereien in Wien und Paris liegen. Jedoch sollen nach den neuesten Ermittlungen auch verschiedene Spuren nach Berlin weisen, wo einige Mittelspersonen die Verbindung zwischen Wien und Paris hergestellt haben. — Die Beteiligung einer hohen politischen Persönlichkeit Frankreichs an dieser Betrugsaffäre wird von französischer Seite dementiert. Die Richtigkeit dieses Dementis muß jedoch noch abgemörtet werden, da die Abstempelung der Rentenbriefe als Eigentum französischer Staatsangehöriger eine recht komplizierte Angelegenheit ist und ohne den Einfluß bekannter öffentlicher Persönlichkeiten kaum durchgeführt werden konnte.

Briefträger gegeben werden, ist im Berlin der Hinterhäuser unmöglich. Wenn für die Briefträger die heutige Form der Postbestellung zu anstrengend ist, so kommt das vermutlich nicht davon, daß sie Treppen steigen müssen, sondern davon, daß ihr Bezirk zu groß ist und daß sie deshalb zuviel Treppen steigen müssen. Da kann die Post sich und den Briefträgern am einfachsten helfen, wenn sie die Bezirke verkleinert und mehr Briefträger einstellt. Wenn mit der Anlage der Hausbriefkästen kein Abbau der Briefträger vernünftig sein soll, so läßt das ohne weiteres den Schluß auf eine heute bestehende Überbelastung der Briefträger zu. Die gewaltige Erhöhung der Posttarife schafft die Mittel zur Einstellung einer ausreichenden Anzahl Briefträger. Für das Publikum bildet sie jedenfalls keinen Anlaß, außerdem noch einen wesentlichen Teil der Arbeiten der Post selbst zu übernehmen.

Gehorsamsverweigerung Anno 1919. Und im Jahre 1927 vier Wochen Mittelarrest als Urteil

Berlin 1919! Das Heer ist aufgelöst. Es werden Freiwilligenkorps gebildet. Ihre Hauptaufgabe besteht im Wachdienst. In irgendeiner Kompagnie entsteht Unzufriedenheit. Als die Leute um 8 Uhr morgens zum Exerzieren antreten sollen, verweigern 10 Mann den Gehorsam. Die Mannschaft behauptet, überanstrengt zu sein. Der Offizier erklärt: Verabredete Sache, und die Aufwiegler werden dem Militärgericht übergeben.

Der eine W. wird zu vier Wochen Haft verurteilt; das Gericht hat eine Verabredung nicht feststellen können. Ein anderer, P., ist aber verurteilt worden. Die Furcht vor der zu erwartenden Strafe hat ihn davon abgehalten. Gestern — acht Jahre nach dem Ereignis — erschien er vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Deutschland kennt keine Militärgerichte mehr. Hat sich P. etwa während der acht Jahre verlest gehalten. Er behauptet: nein! Schenkt man ihm Glauben, so sollen bald hier, bald dort, je nach seinem Aufenthalt, Gerichtstermine angelegt werden sein, die immer wieder nicht ausgetragen wurden. Er bestreitet, den Gehorsam im Jahre 1919 verweigert zu haben. Der Staatsanwalt verliert den Beweis zu führen. Der kommissarisch vernommene Offizier hat erklärt, er entsinne sich nicht des P. Die als Zeugen erschienenen Offizierskollektoren, Kompanieführer und Korporale von damals zucken die Achseln: Ja, wie sollten sie sich dessen noch entsinnen, was vor acht Jahren war? Was haben sie seitdem nicht alles erlebt: Kapp-Putsch, Inflation, Stabilisierung der Mark, Arbeitslosigkeit, Präsidenten- und Parlamentswahlen — da sollten sie noch wissen, was vor acht Jahren sich in der Kompagnie des Freiwilligenkorps abgespielt hat. Der Staatsanwalt beantragt aber sechs Wochen Mittelarrest.

Das Gericht braucht viel Zeit zur Beschlussfassung; dann verurteilt es: vier Wochen Mittelarrest und keine Bewährungsfrist! Der Verurteilte will Berufung einlegen: Sie haben mich doch nichts bewiesen, meint er. Berufung! Sollte nicht besser der preussische Justizminister die Akten einfordern und dem Mann unverzüglich auf dem Gnadenwege die Strafe erlassen?

Bier saubere Burschen.

Die Räuberhöhle in der Wilhelmstraße.

Es ist ein richtiges Räuberquartier, das durch die Aufklärung der Schiebererei in der Tempeliner Straße, deren Opfer der Bezirksvorsteher Schulze und der Schuhmacher Reumann waren, aufgehoben worden ist. Nach dem sogenannten „Krisen-Scharie“ und dem jungen Schlabbach sind inzwischen auch ein 19 Jahre alter Kellner Herrmann Koblner und ein 20jähriger Kellner Knauer verhaftet worden. Scharie, ein geborener Berliner, ist erst 24 Jahre alt und trotzdem seit Jahren als Verbrecher und Zuhälter bekannt. Die drei anderen kamen aus der Provinz, um Berlin als „hohe Schule“ des Verbrechens aufzusuchen. Sie ließen sich von Scharie anlernen, der ihnen Unterschlupf gab. Man saß in den Lokalen der Friedrichstraße, in den falschen Schicks, die man verkaufte, man brach ein und plünderte in den Sportklubs des Westens, man schwindelte als Kellner, indem man, wenn es nötig war, sogar über die Bücher vor der Abschreibung verdurstete, und man machte dann Raubüberfälle. So verlor man, einem jungen Mädchen aus der Marienstraße, das kurz vorher 500 Mark abgeholt hatte, die Tasche mit dem Gelde zu rauben. Dabei hatte man freilich Pech, denn das junge Mädchen hatte das Geld beim Nachzählen kurz vorher in die Rocktasche gesteckt, was Knauer nicht bemerkt hatte.

Etwas seltsam mußt eine Geschichte an, die sich im Westen abspielte. Ein Kaufmann aus dem Rheinland, Landsmann von zwei unter den Verbrechern, hatte bei einer Aneignung Bekanntschaft mit den Räubern gemacht, und sie waren ihm durch ihr munteres Wesen aufgefallen. Er hatte Schnaps und Tafelbier spendiert, und er lud sie ein, ihn in seiner Wohnung zu besuchen. Die beiden Herren, angenehme Besucher, folgten der Einladung, schlugen ihren Gastgeber nieder, fesselten ihn mit einer Gardinenkordel, verfaßten ihn mit einem Knebel, prügelten ihn sinnungslos und revidierten die Wohnung gründlich. 320 Mark in bar, Wäsche, Kleidungsstücke und Schmuckstücke waren die Beute. Dann verabschiedeten sie sich, ohne auf Wiedersehen zu sagen. Der Ueberfallene gibt an, keine Anzeige erstattet zu haben, weil er seitdem krank gelegen hätte.

Jetzt hätte man vor, einen Einbruch in ein Küstnerer Juwelengeschäft und in eine Leinwand Bank zu machen. Der reichliche Verdienst von 320 Mark aber veranlaßte die Kneiperi in der Tempeliner Straße. Da kam es infolge starker Angetrunkenheit zu der Schiebererei, die dann zur Verhaftung von Scharie und Schlabbach führte. Inzwischen sind dann auch Koblner und Knauer festgenommen worden. Die Verhafteten sind im allgemeinen geständig. Nur der Hauptling der Bande, Scharie, sucht jetzt die Schuld nach Möglichkeit auf seine mitverhafteten Freunde abzuwälzen. Aber auch er ist vollkommen überführt.

Nach einem Streit niedergeschossen.

Eine schwere Bluttat wurde gestern gegen 20 Uhr in dem Lokal von U. in der Neuen Schönhauser Str. 14 verübt. Die Händler Fritz Müller und Otto Rork aus der Dannebergstr. 14 zu Charlottenburg waren in Streit geraten, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Plötzlich sprang Müller auf und verließ das Lokal, nachdem er zuvor noch die Drohung ausgesprochen hatte, daß er noch einmal wiederkäme und dann „etwas passieren“ würde. Tatsächlich erschien er noch kurzer Zeit wieder in der Gastwirtschaft. Rork, der die Worte seines Gegners nicht für ernst genommen hatte, sah nach mit mehreren Bekannten an einem Tisch und unterhielt sich. Müller ging direkt auf Rork zu, zog einen Revolver hervor und gab auf ihn zwei Schüsse ab. Schwer getroffen brach Rork zusammen. Der Täter wurde sofort festgehalten und das nächste Polizeirevier benachrichtigt, das mehrere Beamte der Kriminalpolizei an den Tatort entsandte. Bei ihrem Eintreffen war Rork seinen schweren Verletzungen bereits erlegen. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. Da vorläufiger Mord vorlag, wurde die Mordkommission benachrichtigt.

Einbruch oder Versicherungsbeitrag?

Auf der einen Seite der Anlagebank des Großen Schöffengerichts sah gestern der Seidengroßhändler Jakob Edelstein, auf der anderen Seite standen diesem bisher unbestraften Ange-

klagten drei Männer als Mitangeklagte gegenüber, die sämtlich schon ein schweres Schuldkonto aufzuweisen haben, einer wurde sogar aus dem Zuchthaus vorgeführt. Das Schöffengericht stand nun vor der schweren Entscheidung, ob der Bäcker Richard Reumann, der Scherenscheiber Erich Ebeling und der Zuchthausler Oswald Holz in dem Geschäft von Edelstein in der Wilhelmstraße einen Einbruch verübt haben oder ob es sich um einen fingierten Einbruch auf Anstiften Edelsteins zum Zwecke eines hochgelegenen Versicherungsbeitrags handelte. Die Anklage nahm das letztere an. Belastend für Edelstein war der Umstand, daß er sich damals in schlechten Vermögensverhältnissen befand und daß ihm die ihm für den Diebstahl erlangte Versicherungssumme von 16 000 M. sehr gelegen kam. Edelstein ist übrigens später doch in Konkurs geraten. Dieser Angeklagte wehrte sich mit größter Entschiedenheit gegen die Unterstellung, daß er mit den Scherenscheibern gemeinsam Sache gemacht habe. Das Schöffengericht verurteilte aber Edelstein wegen Versicherungsbeitrags durch einen fingierten Einbruch in sein Geschäftslokal zu 6 Monaten Gefängnis, die Angeklagten Ebeling und Holz, die angeblich den Einbruch verübt haben sollten, wegen Beihilfe am Betrag zu vier Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Reumann wurde freigesprochen.

Kongress der religiösen Sozialisten. Der Landesverband Preußen des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands hat in der Zeit vom 12. bis 15. November in Berlin im Landtagshaus seine vierte Haupttagung. Am ersten Tage erstattet den Geschäftsbericht der Landesvorsitzende Bernhard Göring, Berlin. Außerdem wird die Zielsetzung des Bundes zur kommunistischen Bewegung und Partei in mehr intimer Aussprache erörtert. Das Referat darüber hält Pfarrer Dr. Dr. Pischowski, Reutlingen. Am Sonntag, 13. November, finden die Hauptvorträge statt. Es sprechen am Vormittag Frau Landtagsabgeordnete Dr. Hildegard Wegscheider, Berlin, zur Frage des Reichstagsordnendes und über das Reichsschulgesetz und am Nachmittag Pastor Hans Franke, Berlin, über das Thema: „Die religiösen Sozialisten zur Friedensbewegung.“ Für die letzten Tage sind öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Religion und Sozialismus“ anberaumt: am Montag, 14. November, 10½ Uhr, in Reutlingen, Herthastr. 9 (Gemeindeaal), am Dienstag, 15. November, 10½ Uhr, in Reutlingen, Turmstr. 75 (Schulaula).

Winter in Oesterreich. Der Oesterreichische Deutsche Volksbund veranstaltet am Montag, dem 14. November, abends 8 Uhr, im „Berein Deutscher Ingenieure“, Berlin W. 7, Friedrich-Ebert-Straße 27, einen Lichtbildvortrag über „Winter in Oesterreich.“ Franz Walden (Wien) wird Bilder aus der näheren und weiteren Umgebung Wiens zeigen, dann folgt ein Film der Wintersportwoche am Semmering. Bilder von den steirischen Wintersportplätzen, den Raibstädter Tauern, Zell am See, Kitzbühel, die neuerschlossenen Skigebiete in den Zillertaler Alpen, die Innsbrucker Umgebung, das Skiparadies vom Arlberg und die idealen Stigebünde Vorarlbergs werden in Lichtbildern vorgeführt.

Metropol-Varieté. Das Novemberprogramm bringt eine Arienportion Varietékunst. Von 20 Uhr bis 1 Uhr gibt es ununterbrochen etwas zu hören oder zu sehen. Sehr gute Leistungen bieten die bekannten 4 Blumenfelder in ihrem Lustakt, eine Spitzenarbeit wahrhaftigster Höhepunkt; Joe Brodna-Densmore zeigt lustige Hundebresuren, unter anderem einen Bormarsch nach allen Regeln der Kunst ausgeführt, vom Begrüßungsbandschlag bis zum blutigen Knod-out und Abtransport im Krankenwagen; die vierbeinigen Champions kämpften, ganz wie die Großen, auf zwei Beinen stehend, denn die übrigen stufen ja in Wien an. Der Tanz war durch Hildegard, eine bekannte und drauouröse Interpretin ihres Faches, vertreten; gute Schulung und viel Grazie verriet der indische Tanz und eine spanische Fantasie. Dazwischen hüpfen munter ein paar nette Girts ihrer Gefolgschaft. Die Tänzerin Lotte Werten tanzte einen äußerst knusprigen Champeteer, um Ansehen, könnte man sagen. Die beiden Caligaris, die Knochenlosen, verblüfften wieder durch ihre famosen „Drehs“. Richard Schwarz, der Stegreifdichter, bindet flott und witzig aus den ihm zugeworfenen Blüten, die manchmal allerdings etwas zu übel duften, einen Strauß. Eine im Programm nicht genannte russische Tanznummer fällt durch sehr feine charakteristische Kostümierung und Lebendigkeit des Ausdrucks auf. Das Ganze konfektiert mit kaisertlichem Bijou, der nur allzu sehr nach dem Hausvogelplauder tendiert, Willi Prager. Er selbst kredenzte guten Eigenbau und mit schärfster Junge verkündet er, was so an Sünden im Weltgeschehen passiert. Er zieht sie alle, alle durch den Katakomben, das ist eigentlich schon Laugenszene. Zum Schluss Sjöke Szakall, der fröhliche „Schlamperte Wiener“ in der lustigen Szene „Schon wieder Sauerbräu“.

Die 2. Misserausgabe 1927/28 des Reichsfrühbuchs wird in der Zeit vom 10. bis 13. Dezember erscheinen. Sie enthält außer den zahlreichen wichtigen Veränderungen, die seit dem Inkrafttreten des Winterfahrplans in Deutschland eingetreten sind, die neuesten Fahrpläne der Eisenbahnen in Frankreich, England, Spanien, Portugal, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Ägypten und Kreta. Der Verkaufspreis für ein Reichsfrühbuch mit Eisenbahnübersichtsbüchlein beträgt wieder 6,50 M. Bestellungen nehmen alle Postämter, die Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn sowie auch die Sortimentsbuchhandlungen und Reisebüros entgegen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachr. d. d. V.) Nach einem kühlen, zeitweise aufklärenden, feinen erdigen Regen. — Für Deutschland: Nur im Küstengebiet noch Niederschläge, im übrigen Reiche keine erheblichen Niederschläge, überall kühler.

Hochwasser im Rheingebiet.

Eine Folge der Regengüsse.

Infolge der starken Regengüsse der letzten Tage macht sich wieder ein Steigen der Nebenflüsse des Rheins bemerkbar. Der Redar ist in Jagstfeld um 1,16 Meter und der Ober-Rain bei Schweinfurt um einen halben Meter gestiegen. Besonders stark ist diesmal die Mosel in Trier gestiegen, nämlich um 2,30 Meter in zwei Tagen. Sie erreichte dort gestern morgen um 9 Uhr einen Stand von vier Metern. Von der Ober-Rosel wird weiteres Steigen gemeldet. Die Leinpfade sind überflutet. Die Mosel führt Reif, Schlamm und auch Grummet mit sich, das nicht rechtzeitig geborgen werden konnte. Auch Saar, Sauer und Rell sind über die Ufer getreten.

Stuttgart, 10. November.

Infolge der langanhaltenden Regengüsse ist der Redar stark gestiegen und vielfach über die Ufer getreten. Zwischen Rünster und Hofen bei Kannstatt ist der Verkehr unterbrochen. Die Straßenbahn nach Rünster mußte ihren Betrieb einstellen. Das Wasser drang in die Keller. Auch in Albstadt bei Gillingen steht das ganze Tal unter Wasser. Die Arbeiten am Redarkanal mußten eingestellt werden. In Rottenburg mußten in zahlreichen bereits unter Wasser stehenden Häusern die Keller geräumt werden. In Redarulum überflutete der Redar unterhalb des Staumehrs das Gelände. Auch in Heilbronn trat der Redar über die Ufer. Von der Lauffener Wehrbrücke wurden Verschaltungen abgerissen. Wimpfen, Rappnau, Heimbach und Gundelsheim leiden stark unter Hochwasser. Auch der Roder und die Jagst sind über die Ufer getreten. Die Straße zwischen Redarulum und Erlsbach kann nicht mehr passiert werden. Bei Oedheim stehen einige Häuser im Wasser. Bei Widdern ist die Jagstbrücke nicht mehr passierbar. Bei Ruchsen ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen und der Bahndamm vom Hochwasser angegriffen. Bei Waidlingen ist die Rems über die Ufer getreten. Die Straßen im unteren Stadteil von Waidlingen sind teilweise unter Wasser. Man mußte die Ställe räumen, um das Vieh zu retten.

Auch in der Westpfalz.

Infolge der starken Regengüsse in den letzten Tagen zeigt auch die Westpfalz weit ausgebreitete Ueberschwemmungen. Besonders Zweibrücken ist vom Hochwasser bedroht. Innerhalb 24 Stunden stieg der Schwarzbach um eineinhalb Meter, stellenweise um drei Meter. Eine der Stadt vorgelagerte Barockfestung mußte bereits geräumt werden. Die dort wohnenden zwanzig Familien mußten auf Kähnen aus ihren Häusern geholt werden. Es handelte sich um 41 Männer, 17 Frauen und 45 Kinder, unter denen sich Säuglinge befinden.

Saarbrücken, 10. November.

Das Hochwasser der Saar kommt, wenn keine neuen Regengüsse eintreten, langsam zum Stillstand. Es ist seit gestern abend 8 Uhr bis 3 Uhr nachts noch um einen Meter auf sechs Meter gestiegen, hat aber bis heute vormittag um 10 Uhr nur noch um acht Zentimeter zugenommen. Der normale Wasserstand an der Saarbrücker Schleuse von 3,10 Meter ist damit fast um das Doppelte gesunken, so daß weite Uferflächen, u. a. auch ein großer Teil des Saarbrücker Flugplatzes, unter Wasser stehen.

Das Langenbacher Eisenbahnunglück.

Rottenmeister Förtisch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Freising, 10. November.

In dem Prozeß gegen den Rottenmeister Förtisch aus Roosburg, der unter der Anklage der Verschuldung des Eisenbahnunglücks bei Langenbach stand, verkündete das Gericht folgendes Urteil: Förtisch wird wegen 12 Vergehen der fahrlässigen Tötung und 93 Vergehen der fahrlässigen Körperverletzung, sowie eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Deutscher Transportdampfer gescheitert.

Der deutsche Automobiltransportdampfer „Schleswig-Holstein“ ist in der letzten Nacht bei Rensaa (Dänemark) auf Grund gelaufen. Er stieß so hart auf, daß er led sprang. Der 6000 Tonnen große Dampfer war mit einer Ladung fertiger Automobile, Motoren und Waagen von Amerika nach Kiel unterwegs und hatte gestern die Zwischenstation Göteborg verlassen. Die dänischen Bergungsdampfer „Svava“ und „Geiser“ sind an der Unfallstelle eingetroffen und versuchen, einen Teil der Ladung abzunehmen, um das Schiff dadurch flott zu machen. Der Dampfer gehört der Reederei Arnold Bernstein in Hamburg.

Forman gegen Schnupfen
Wirkung frappant!

Aus den Bezirken.

5. Bezirk - Friedrichshain.

Nach stundenlangen, oft überflüssigen Debatten wurde endlich in einer außerordentlichen Sitzung auch die Haushaltsberatung in der Bezirksversammlung Friedrichshain zu Ende geführt. Vor Beginn gab Stadtrat Genosse Brückner auf die Erklärung des Bezirksverordneten Jacoby (Dnat.) in der letzten Sitzung - den Barackenbau am Stralauer Platz betreffend - eine Richtigstellung, indem er die Meldung eines Beamten verlas. Herr Jacoby hat sich danach dem Betreffenden gegenüber geäußert, er werde dafür sorgen, daß die Baracke nicht weitergebaut wird. Nach kurzen Debatten wurden die meisten Kapitel nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses erledigt. Beim Kapitel Sozialhygiene erläuterte Stadtrat Genosse Günther die einzelnen Positionen, insbesondere, was zu der Frage der Rachitisbekämpfung vom Bezirksamt getan wurde. Auch auf die aus dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Kommune erwachsenden neuen Aufgaben ging er kurz ein. Genosse Pöhlting wies treffend deutsch-nationale Angriffe auf die Tätigkeit der städtischen Betriebe zurück. Privatwirtschaft sei in der Kommune untragbar. Es gelte Verantwortungspolitik im Interesse der Arbeiterklasse zu treiben. Das im Haushaltsausschuss abgelehnte Kapitel über Zuwendungen an Vereine auf dem Gebiete des Gesundheitswesens wurde auf Antrag unserer Fraktion wiederhergestellt. Zum Punkt Park- und Gartenverwaltung verwies Bürgermeister Genosse Rielly auf die Pläne zur Umgestaltung des Ballenplatzes. Ein Projekt, das Professor Lederer ausgearbeitet hat, wurde von der zentralen Kunstdeputation bereits zugestimmt. Der Ballenplatz wird dann zu einer Sehenswürdigkeit im Stadtbild Berlins. Da diese Erneuerung eventuell zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird, ist Vorbesorge getroffen, den Platz vorläufig durch Rasenflächen in gutem Zustande zu erhalten. Ein Projekt zur Umgestaltung des Fockendammplatzes ist noch in der Beratung. Das erste mit Planschäden u. a. fand nicht die Zustimmung der Sachverständigen. Nach Annahme der letzten Kapitel wurde nach Erklärungen der Linken und der Rechten in der Gesamtabstimmung die vorliegende Bedarfsanforderung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

19. Bezirk - Pantow.

Die Bezirksversammlung Ende Oktober kam über Verhandlungen über das Reichsschulgesetz nicht hinaus; vorher wurden Schiedsmänner für Blantenburg und Buchholz für den Bezirk 8 gewählt, dessen Einrichtung seinerzeit von der SPD-Fraktion beantragt wurde. Die Vertreter der Demokraten und der Deutschen Volkspartei sprachen sich gegen das vorliegende Reichsschulgesetz aus, während die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen natürlich warm für das Gesetz eintraten. Dabei leistete sich der Wirtschaftsparteiler die seine Gesichts-

verfassung kennzeichnende Behauptung, daß das „Neueidentum“ zur Unmoral führe, und die unehelichen Geburten im Jahre 1926 auf das Konto der Freidenker zu setzen seien. (Auch die unehelichen Geburten in den städtischen Gegenden? Die Red.) Unserem Redner gelang es, die lächerlichen und kindischen Behauptungen unserer Gegner gebührend zurückzuweisen. In der Abstimmung wurden alle vorliegenden Anträge, also auch der unsrige, der wörtlich von der Stadtverordnetenfraktion übernommen und in Berlin seinerzeit angenommen wurde, abgelehnt.

In der folgenden, am 2. November stattgefundenen Bezirksversammlung kam der Ausschussbericht über die Straßeneinigung in Buch zur Verhandlung. Unsere Vertreter im Ausschuss hatten beantragt, folgende Regelung zur Annahme vorzuschlagen: Vom Bezirk 19 sind zu übernehmen die Straßeneinigung in Buch, Lindenhoffstraße, dem Ortsteil östlich der Bahn, also Bucher Aue, Zepemitter und Karower Chaussee, Schwanebecker Weg bis Wert Buch und Mühlenweg; es fand dieser unser Antrag gegen die Wirtschaftsparteiler Annahme. Dann wurde die Bedarfssammlung 1929 von dem stellvertretenden Bürgermeister der Versammlung vorgelegt. Unser Redner vertrat in wirkungsvoller Weise den kommunalen Standpunkt der Sozialdemokraten. Wir fordern u. a. den restlosen Verbrauch der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau Berlins, die Heranziehung der Anlieger zu den Straßenbaukosten, um neue dringende Regulierungen durchführen zu können, Verbesserung der immer noch sehr schlechten Beleuchtung in den Vororten, eine Verstärkung der Mittel für die Schulreinigung, die notwendige Reinigung der Schülerrund- und Lehrerbibliotheken von monarchistischen Büchern, den notwendigen Schulhausbau in Heinersdorf, Bau eines Verwaltungsgebäudes in Karow, Ausbau der Buchholzer Straße und die Verwendung des nicht benutzten Wasserturms in Heinersdorf für die Jugend als Jugendheim, Pflasterung der Brehmestraße in Pantow, für einen Ausbau der Kinderhorte die Verwendung der kostspieligen Friedhofsanlagen in Buch. Ferner eine Weiterführung der Notstandsarbeiten in der Schönholzer Heide und am Riffingenplatz, um zu verhindern, daß die verausgabten Mittel verlorengehen, weil durch eine Einstellung der Arbeiten ein Verfall der geleisteten Arbeit bevorsteht. Da die bürgerlichen Parteien den Versuch unternommen hatten, den Fuhrpart aufzulösen, um den Steuerzahler zu schonen, wie sie erklärten, brachte unser Redner zum Ausdruck, daß wir uns unsere Stellungnahme vorbehalten, da wir für die Bedarfssammlung nur mit Einschluss der Mittel für den Fuhrpart stimmen werden. Der deutsch-nationale Redner, selbst Beamter, sprach gegen die unerträgliche Erhöhung des Beamtenstandes. Schließlich führte er alle Räte der Zeit auf den Vertrag von Versailles zurück.

Die letzte außerordentliche Sitzung diente der Verabschiedung des Voranschlags. Die Kommunisten hatten nichts Wesentliches zu sagen und zeichneten sich nur durch eine große Anzahl von Anträgen aus,

die Demokraten brachten zum Ausdruck, daß sie die Vorlage des Oberbürgermeisters Böß über die Vereinfachung der Verwaltung Berlins in der vorliegenden Form ablehnen, dieser Ablehnung schloß sich der Volksparteiler an. Für die notwendige Belustigung sorgte wieder der Wirtschaftsparteiler, der die Abschaffung des Wohnungsamtes und des Rieseinigungsamtes beantragte, über Gewerbesteuer flugte und die Hälfte der Ausgaben für die Stadtbücherei zu streichen beantragte. Nach den Abstimmungen wurde der sozialdemokratische Antrag über die Fortführung der Notstandsarbeiten angenommen. Bei der Endabstimmung fand der Voranschlag gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme.

Tiefbaumarkt und Finanzausgleich.

Die bevorstehenden Beratungen über den endgültigen Finanzausgleich werden wohl nicht wieder von den unzulänglichen Unterlagen ausgehen können, an denen Reich und Staat bei der Festsetzung seit 1924 sich offenbar haben genügen lassen; die dem preussischen Städtebund überreichte Denkschrift der Stadt Berlin hat die wirklichen Verhältnisse so klar dargestellt, daß man endlich auf einen gerechten Verteilungsschlüssel für den Lastenausgleich hoffen darf. Die Voraussetzung für einen solchen Lastenausgleich ist die, daß Berlin mit seinem Steueraufkommen nur solche Gemeinwesen zu entlasten hilft, die entlastungsbedürftig sind, und daß ferner alle beitragsfähigen Gemeinden Mitträger des Finanzausgleichs sind. Die Berliner gewerbliche Wirtschaft hat alle Ursache, sich um die Oboerhandlungen zum endgültigen Finanzausgleich ernstlich zu kümmern. Es handelt sich darum, ob Millionen von Regieaufträgen wie etwa beim Straßenbau und Tiefbau den Berliner Unternehmern und ihrer Arbeiterschaft in angemessenem Verhältnis und ausreichend zugute kommen sollen oder nicht, ganz abgesehen davon, was neue Straßen- und Verkehrsbauten für Handel und Handwerk bedeuten.

Nur einen Blick auf das Jahr 1926! Es sei dabei abgesehen von den Mitteln der außerordentlichen Verwaltung und für Notstandsarbeiten.

Da ergibt sich folgendes höchst merkwürdige Bild! Von zusammen etwa 45 Millionen Mark, die Berlin, Hamburg, Lübeck, Bremen, Frankfurt a. M., Köln, Dresden, Leipzig, Potsdam für Tiefbau und Straßenbau zusammen ausgaben, kommen auf Berlin 16 Millionen Mark. Das sind auf den Kopf der Bevölkerung 4 M. Für Hamburg und Dresden standen etwa gleich. Potsdam blieb noch darunter. Leipzig mit 6,6 M., Frankfurt a. M. mit 6,2 M., Bremen mit 7 M. gingen aber schon merklich darüber. Dagegen konnten Lübeck und Köln 13 bzw. 15,2 M. je Kopf ausgeben. Der Kopfbeitrag Berlins beleuchtet also unseren Tiefbau. Noch dazu in einer Zeit, wo Berlin der immer höher steigenden Kurve im Straßen-, Beförderungs-, Wassertransport und Wasserverkehr kaum noch folgen kann, wo zahllose Erwerbslose auf Arbeit warten und die Unternehmungen mit Real-, Hauszins- und Gewerbesteuerquoten belastet sind wie nie.

Dieser Kopfbeitrag der aufgewendeten Berliner Tiefbauausgaben zeigt aber auch das schwere Unrecht des bisherigen Finanzausgleichs.

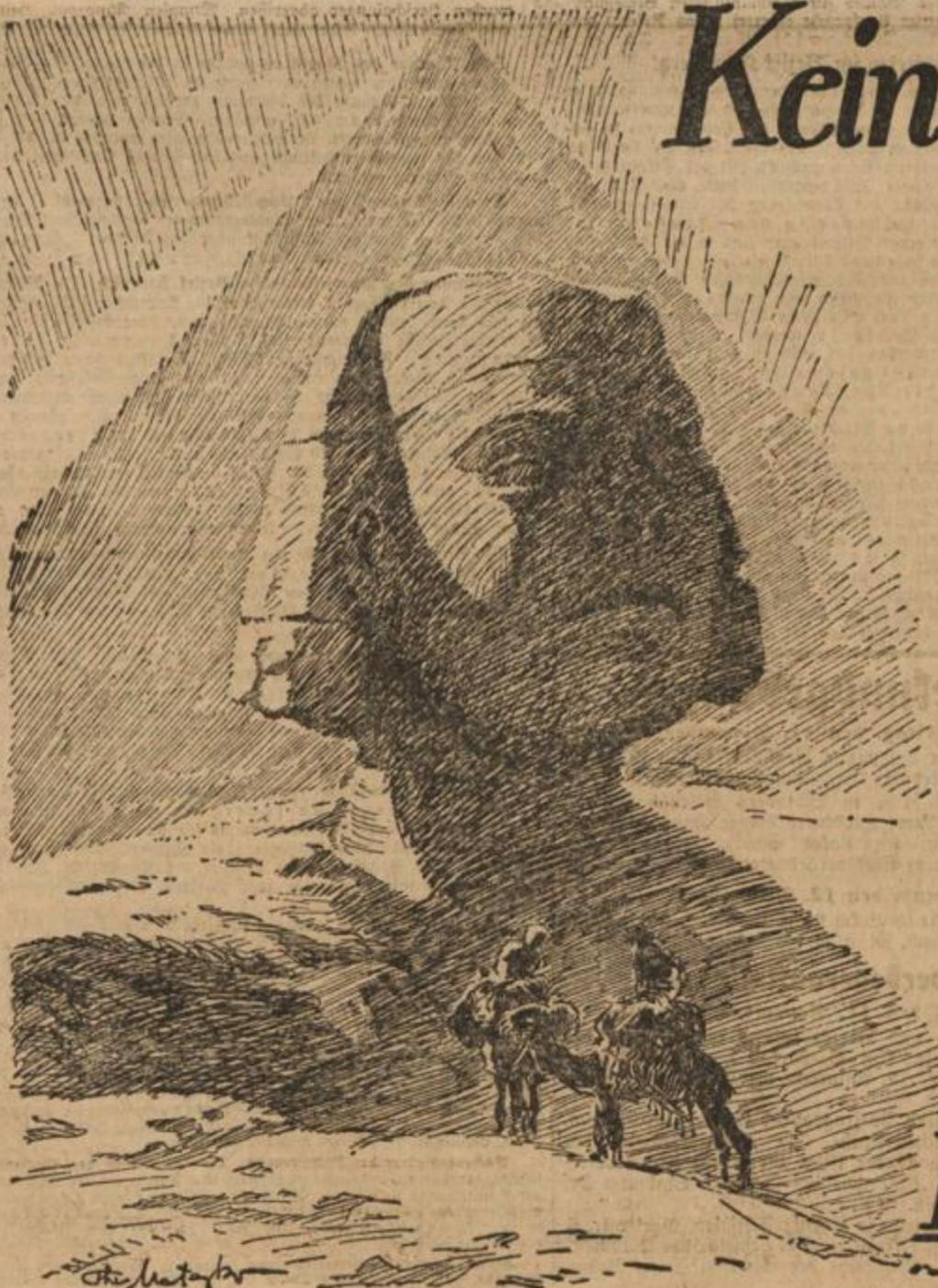
Kein Wort zuviel!

Wer die Massary-Anzeigen aufmerksam verfolgt, wird zugeben müssen, daß wir unsere Marken nicht mit übertriebenem Selbstlob empfehlen. Wenn wir nun heute einmal aussprechen, daß Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette, etwas ganz Außergewöhnliches darstellt, dürfen Sie uns das glauben. Wir sagen sogar nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß manche weit teurere Marke gegen Massary-Privat nicht aufkommt. Prüfen Sie diese Angaben nach. Sie werden jedes Wort bestätigt finden!

Massary-Privat
4^{PF}

ohne Mundstück

Das ist Tabak!
(Urteilen Sie selbst!)



Klöfner predigt soziale Reaktion.

Gegen das Dreischichtensystem in den Hütten. — Für längere Arbeit der Bergleute. Was sagen die Zentrumsarbeiter?

Auf der Generalversammlung des Klöfner-Konzerns für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr nahm Peter Klöfner als Aufsichtsratsvorsitzender zu längeren Ausführungen das Wort. Es wird die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere aber die Masse der Zentrumsarbeiter in Rheinland-Westfalen, interessieren, was einer der einflussreichsten Männer in der Zentrumspartei über die kranken wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme der Gegenwart zu sagen weiß.

Kommerzienrat Klöfner sieht die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage ziemlich optimistisch an. Er hat nach dem Abschluß des vergangenen Jahres und bei der günstigen Weiterentwicklung der Konjunktur auch allen Grund dazu. Bekanntlich hat der Klöfner-Konzern außer einer Dividendensteigerung von 5 auf 7 Proz. im letzten Jahre Neubauten von allergrößtem Umfang vorgenommen. Nicht weniger als 17,5 Millionen Mark wurden für neue Koksereianlagen, Städtstoff- und Zementwerke und Modernisierung der Walzwerksbetriebe aufgewendet, die größtenteils aus laufenden Einnahmen gedeckt wurden. Das Aktienkapital von 90 Millionen Mark konnte bei einem Umlauf von 184 Millionen reichlich zweimal umgeschlagen werden. Auch in dem ab Juli laufenden neuen Geschäftsjahr hat sich die Eisenkonjunktur in jeder Hinsicht günstig weiterentwickelt. So haben die Eisenwerke des Klöfner-Konzerns in den Monaten August bis Oktober über 115 Proz. der Beteiligungsgesellschaften bei der Kohlenabgabe erzeugt. Der Oktoberabgabesatz für Roheisen, Rohstahl und Fertigwaren liegt um 37 Proz. über dem Absatz des Oktober 1926. Da die Nachfrage bisher noch nicht geringer geworden ist und ein Auftragsbestand für drei Monate vorliegt, ist mit einer Konjunkturdauer über den Winter hinaus zu rechnen. Da die Erhaltung des augenblicklichen Niveaus des Kohlenpreises große Summen kostet, die die Umlage stark belasten, vertritt Klöfner den Standpunkt, den Kampf auf bestimmten Exportmärkten gegen die englische Kohle aufzugeben und sich auf die Märkte zu beschränken, die bessere Preise bieten. Eine weitere Einschränkung der Zechenbetriebe sei jedoch nicht möglich, da der deutsche Bergbau am Ende seiner wirtschaftlich richtigen Betriebsbeschränkungen angelangt sei. Daher müsse eine bestimmte Ausfuhrhöhe für den deutschen Bergbau gesichert bleiben.

Damit war das Stichwort für die sozialpolitischen Fragen in der Schwerindustrie gegeben. Nach der persönlichen Meinung Klöfners kann die Kohlenfrage in nationalem und volkswirtschaftlichem Interesse nur dadurch gelöst werden, daß die Beschlüsse sich bereit erklären, für eine befristete Zeit, solange der

Abloßkampf auf dem Weltmarkt dauert und die durch den verlorenen Krieg und die zu zahlenden Reparationen verschobenen Verhältnisse in Deutschland nicht geordnet sind, dieselbe Arbeitszeit wie in dem Hauptkohlenausfuhrland England einzubehalten, d. h. durchschnittlich 8 1/2 Stunden. Die „Befristung“, die Herr Klöfner in Aussicht stellt, ist ziemlich weitreichend. Da Deutschland noch sehr lange Reparationen leisten wird, sollen die Bergarbeiter also auf ungezählte Jahre auf den Achtstundentag verzichten, von der Siebenstundenschicht, die mit Recht gefordert wird, ganz zu schweigen. Solange England seinen Bergarbeitern den Siebenstundentag zugestanden hatte, hat man niemals von den deutschen Industriellen etwas davon gehört, daß die deutsche Arbeitszeit der englischen angepaßt werden müßte.

Übrigens ist den Berg- und Montanarbeitern die Unternehmerforderung „befristete Zugeständnisse“ in der Arbeitszeit zu machen, nicht neu. Bereits vor vier Jahren wurde ihnen das Mehrarbeitszeitabkommen „bis zur Festigung der Wirtschaft“ befristet aufgedrückt. Jetzt, wo in den gesundheitsgefährlichen Betrieben endlich das Dreischichtensystem durchgeföhrt wird, treiben die Unternehmer eine Sabotage schlimmster Art, um das Inkrafttreten dieses Gesetzes zu verhindern. Auch Peter Klöfner, der zudem noch die Behauptung aufstellt, daß die Löhne in den westlichen Nachbarstaaten unter den deutschen Montanarbeitersöhnen lägen, stellt seinem politischen Kollegen, dem Reichsarbeitsminister Brauns, anheim, sich ein großes Verdienst um die Wirtschaft durch Hinauszögerung der Dreischichtenarbeit auf mehrere Jahre zu erwerben. Also auch bei den Zentrumsindustriellen lautet die Parole: Rehrarbeit im Kohlenbergbau und Beibehaltung der neun- und zehnstündigen Arbeitszeit in den gesundheitsgefährlichen Montanbetrieben. Und dies noch einer Konjunktur, die der Schwerindustrie ungeheure Gewinne in den Schoß warf. Die Arbeiterschaft, die bisher an der Rationalisierungsernte so gut wie gar nicht teilgenommen hat, soll neue schwere Opfer bringen, denn, so sagt Peter Klöfner, die Wirtschaftsbetriebe müssen für die Aktionäre wieder ertragsreicher werden.

Was sagen die christlichen Arbeiter, zu diesem ihrem Vertreter?

Der Klöfner-Konzern hat auch neue Stilllegungen beschlossen. Das Eisenwerk Quint bei Teier (Eisengießerei mit Ofenfabrik, Walzwerk und Ziegelei) stellt seine Erzeugung ein. Betroffen werden davon 500 Arbeiter und Angestellte. Hat Herr Klöfner für deren anderweitige Beschäftigung gesorgt?

nicht ausgeführt ist, d. h. das Geld aus dem Erlös der ausländischen Anleihen, der aus verschiedenen Gründen nicht ganz oder nicht sofort nach dem betreffenden Lande übertragen wird.

Große Gewinne des Norddeutschen Lloyd.

Der Norddeutsche Lloyd, die größte deutsche Ueberseereederei, hat ein Amerikanerleben von 20 Millionen Dollar zur Bezahlung der laufenden Schiffsbauaufträge und zum weiteren Ausbau seines Unternehmens aufgenommen. Wir haben darüber schon berichtet. Der in New York veröffentlichte Prospekt läßt für das Jahr 1927 bereits sehr große neue Gewinne erkennen. Der Nettogewinn beträgt danach für die ersten sechs Monate 1927 4,13 Millionen Dollar gegen 2,73 Millionen Dollar in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind die Bruttoeinnahmen mit 34,5 Millionen Dollar bereits um 1,5 Millionen Dollar höher als im ganzen Jahre 1926. Der Bruttogehalt der 123 Ueberseeschiffe wird mit 621.000 Tonnen, der der Binnenschiffe mit 60.000 Tonnen, der im Bau befindlichen Flotte mit 161.300 Tonnen angegeben. Sicher wird demnach der Norddeutsche Lloyd infolge seines 120-Millionen-Kapital mit einer hohen Dividende zu versehen. Das von uns schon mehrfach kritisierte Ausbauprogramm wird allerdings dadurch noch nicht gefährdet, denn die Probe aufs Exempel werden erst die nächsten Jahre bringen, wenn die riesig vergrößerte Flotte Beschäftigung findet und die hohen Anleiheausgaben vergjnt werden müssen.

Eine Diskonterhöhung wohl nicht zu erwarten. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November hat die letzte Diskonterhöhung schließlich doch zu einer erheblichen Entlastung der Reichsbank geföhrt. Die Wechselbestände sind in der ersten Novemberwoche um 414,2 auf 2388,2 Millionen, die Lombarddarlehen um 14 auf 32 Millionen zurückgegangen. In der Entlastung der Wechselbestände stecken allerdings 190 Millionen, die der Golddiskontbank gegen Devisen überlassen worden sind, die dieser von der Rentenbankkreditanstalt aus deren 50-Millionen-Dollaranleihe zulassen. Aber auch ohne diese 190 Millionen bleibt mit rund 224 Millionen Rückgang im Wechselbestand die größte Abnahme, die für die erste Woche im ganzen Jahre 1927 zu verzeichnen war. Die Kundengelder auf Girokonto haben eine Zunahme um 8,7 auf 616,8 Millionen erfahren, woraus ebenfalls eine gewisse Erleichterung der Geldmarktverhältnisse zu entnehmen ist. Der Umlauf von Reichsbanknoten hat um 210,1 auf 4020,5 Millionen, derjenige an Rentenbankscheinen um 40 auf 856,3 Millionen abgenommen. Die Goldbestände sind mit 1852,1 Millionen um 0,83 Millionen erhöht, der Bestand an bedungsfähigen Devisen ist durch die Hereinnahme der Dollardevisen der Golddiskontbank um 136,9 auf 298,3 Millionen gestiegen. Der Rest der Dollardevisen der Golddiskontbank dürfte auf anderen Konten der Reichsbank verbucht sein. Die Rotendeckung durch Gold erhöhte sich um 43,8 auf 46,1, die durch Gold und bedungsfähige Devisen zusammen von 47,6 auf 53,5 Proz. Jedenfalls dürfte diese Entwicklung den Schluss rechtfertigen, daß die Reichsbank von einer Diskonterhöhung in der nächsten Zeit absehen wird, was für die Erhaltung der gegenwärtigen Konjunktur von nicht unerheblicher Bedeutung ist.

Für den landwirtschaftlichen Osten hat der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger größere Pläne. Er will dem preussischen Staatsministerium den Vorschlag unterbreiten, die zehnte und achtprozentigen Hypothekendarlehen in sechsprozentige umzuwandeln und zu einem bei erstfälligen Hypotheken noch offenen Namn Personalschulden durch entsprechende Reallosten zu ersetzen. Weil es sich bei der schwierigen Lage im Osten um Kriegsfolgen handelt, solle das Reich einmalig mit einer Summe von etwa 45 Millionen Mark für die bei der Umwandlung der Pfandbriefe entstehenden Kursdifferenzen einstehen. Für die kleineren und mittleren Betriebe soll für neue Kredite im Betrage von 70 bis 80 Millionen Mark die Zinsverbilligung von 9 auf 6 Prozent mit einer Jahresaufwendung von 3 Millionen Mark vom Reich übernommen werden. Zur Förderung der Dittielung, bei der noch Steigers Wünschen auch Arbeiter mehr als bisher berücksichtigt werden sollen, soll die neue preussische Landesrentenbank die Zwischenkredite in Dauerkredite umwandeln, ohne daß die Zinslasten für die Stadler erhöht werden. Es ist erasmlich, wie sehr sich alle Kreise bemühen, dem Reich im Dienst der Landwirtschaft immer noch neue Lasten aufzuerlegen, so sehr es anerkannt ist, daß für den Osten noch viel zu geliehen hat.

Die Gründung der Gasfernversorgung Rheinprovinz G. m. b. H. gescheitert. Unter der Führung des Landeshauptmanns der Rheinprovinz Dr. Horion und dem Essener Oberbürgermeister Dr. Brach, die in einem engeren persönlichen Verhältnis zu Dr. Böglers stehen, war vor einiger Zeit ein Betrag mehrerer rheinischer Großstädte sowie Land- und Stadtfreien zustande gekommen, der nach dem Vorbild der Ferngasversorgung Westfalen G. m. b. H. auch für die Rheinprovinz eine ähnliche Gesellschaft gründen wollte. Wenn auch Aufgaben und Wirksamkeit der neuen Gesellschaft im einzelnen erst später festzulegen waren, so war es doch ziemlich sicher, daß die neue Gesellschaft den Ferngasplan der Ruhr nach der Stellung der führenden Verantwortlichen, so oder so in einem gewissen Sinne Vorwärts leisten sollte. Durch den Widerstand mehrerer großer Städte — die Gründe sind im einzelnen noch nicht erkennbar — ist die Gründung der Gasfernversorgung Rheinprovinz G. m. b. H. vorläufig gescheitert. Es wäre verfröh, über die Folgen dieser Tatsache für die Ferngasversorgung der Rheinprovinz schon jetzt weitergehende Schlüsse zu ziehen. Im Sinne der Kohleverwertungs-A. G. in Essen liegt das Scheitern der Gründung jedenfalls nicht, und es ist zu erwarten, daß die unter dem starken Einfluß der Schwerindustrie stehenden rheinischen Städte sich allmählich klarer darüber werden, welche Gefahren die Ferngasprojekte der Ruhr für sie bringen können.

Neuer Warenhauszusammenschluß zum billigeren Einkauf. Die großen Warenhausgesellschaften sind mit Zusammenstößen zum gemeinsamen Einkauf, der bei den teilweise riesenhaften Posten die Fabrikanten stark unter Druck setzt und den denkbar billigsten Einkauf gestattet, bekanntlich vorangegangen. Jetzt ist wieder eine Gruppe von fünf mittleren Warenhäusern in Stettin, Breslau, Magdeburg, Berlin und Halberstadt den großen gefolgt. Die Führung der Einkaufsgemeinschaft hat die Firma Gebrüder Karger in Stettin. Die Warenhäuser erblicken den Hauptvorteil dieser Zusammenstöße natürlich im billigen Einkauf, der die Gewinnspanne nach rückwärts, weniger in der Richtung auf den Käufer erhöht. Außerdem werden nicht unerhebliche Serven alsport und auch manches Risiko verringert. Die Probe auf den Wert der Zusammenstöße liegt natürlich darin, ob auch die Verkaufspreise entsprechend gesenkt werden. Das wird auch der neue Zusammenstöße erst nach nachzuweisen haben.

NSU-Auslandsanleihe. Die Reformistischer Fahrzeugwerke-A. G. hat eine Auslandsanleihe von vier Millionen Dollar abgeschlossen. Der Geschäftsgang des seit der Scheitervollung in starker Ausdehnung befindlichen Wertes wird von unerrichteter Seite als gut bezeichnet. Außerdem wird die NSU ihr Kapital von 12,5 um insgesamt 7,5 auf 20 Millionen Mark erhöhen. Vier Millionen der neuen Aktien sollen den amerikanischen Anleihegeheimern zum Umtausch von Obligationen reserviert bleiben. Die Anleihe dient ebenso wie die Kapitalerhöhung zur Rationalisierung der seit der letzten Fusion mit der Sedra A. G. bedeutend ausgedehnten Betriebe, in denen zurzeit rund 6000 Mann beschäftigt sein sollen.

Die neue Kraftfahrzeugsteuer.

Nach den Wünschen der Autoindustrie. — Gegen das Versprechen zum Zollabbau.

Die Reichsregierung hat entschieden, die Kraftfahrzeugsteuer ab 1. April 1928 entsprechend den Wünschen des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie zu erhöhen.

Zwar soll die Formel, nach der heute das Fahrzeug zur Steuer heranführt wird und die etwa den Stand der Motorenbautechnik von vor 20 Jahren widerspiegelt, abgeschafft werden; aber statt gleichzeitig den Übergang zu einer sinnvollen und gerechten Gewichtsbesteuerung der Personenzwagen zu suchen, hat man sich für die Besteuerung des Hubvolumens entschieden, so daß nach wie vor ein Sonderrecht der deutschen Automobilindustrie bestehen bleibt. Diese neigt schon heute grundtätig auf Grund der alten Steuerformel dazu, Motoren mit möglichst großer Umdrehungsgeschwindigkeit und geringem Hubraum zu bauen, gegenüber der amerikanischen Konkurrenzindustrie, deren Wagen nicht mit Rücksicht auf deutsche Steuerformeln gebaut sind. Die amerikanischen Wagen werden nach der neuen Steuerformel höher besteuert werden als die entsprechenden deutschen. Das war ja auch der Sinn der Forderungen des Reichsverbandes der Automobilindustrie.

Mit dieser Entscheidung setzt sich die Regierung über das Gutachten des Reichswirtschaftsrates hinweg. Denn dieser hatte empfohlen, eine Steuer einzuföhren, die Gewicht und Hubvolumen als Steuerbasis kombinierte. Wir hatten damit den Vorschlag verbunden, von dieser Steuer den Teil, der auf dem Hubvolumen beruht, im Laufe von fünf Jahren abzubauen und so gleichzeitig die verkehrendernde Besteuerung des Automobils zu mildern und den Übergang zu einer Steuer zu finden, die feinerer handelspolitische Absichten mehr verfolgt. Die Reichsregierung aber, die offiziell mit lauten Worten den Abbau der Industriezölle proklamiert, zieht es vor, auf dem krummen Wege der Steuererhöhung der Automobilindustrie einen besonderen Schutz zu gewöhren. Wir hatten diese Festhalten an dem bisherigen Nebenweck der deutschen Kraftfahrzeugsteuer für bedauerlich und hoffen, daß sich im Reichstag doch noch eine Mehrheit findet, die entsprechend den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates eine gerechte Kraftfahrzeugsteuer einföhrt.

Der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie ist mit dieser die Händler und die Verbraucher benachteiligenden Regelung natürlich grundtätig zufrieden. Er wird aber Steuererhöhungsanträge im Reichstag einbringen lassen, damit es so scheint, daß er Opposition macht, obwohl er weiß, daß die Finanzlage Steuererhöhungen kaum erlauben wird.

Opposition gegen Dr. Böglers.

Die Kommunen verlangen größeren Einfluß im RWE.

Unsere Darlegungen gegen die rein privatkapitalistische Führung des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswertes durch das von Herrn Dr. Böglers geföhrt schwerindustrielle Präsidium des Aufsichtsrates haben sich in jeder Hinsicht als berechtigt und nützlich erwiesen. In der Tat war die Öffentlichkeit in weitesten Kreisen der Meinung, daß die gemeinschaftliche Gesellschaftsform wegen des stimmungsreichen Uebergewichts der öffentlichen Hand auch den öffentlichen Einfluß in der Betriebsführung sicherstelle und daß die Maßnahmen des RWE im öffentlichen Interesse lägen. Aus dem Saargebiet wird uns in einer Zuschrift die lebhafteste Bewunderung darüber ausgesprochen, daß die Ausdehnung des RWE, die dort stattgefunden hat, im Gegensatz zu den öffentlichen Interessen erfolgt sei.

Auch in kommunalen Kreisen bereitet sich eine starke Opposition gegen die rein privatkapitalistische Führung und gegen die Zurückdrängung des öffentlichen Einflusses im RWE vor. So wird von der Stadt Düsseldorf, die ein größeres Aktienpaket des

RWE erworben haben soll, mitgeteilt, daß der dortige Oberbürgermeister einen größeren Einfluß der Kommunen im RWE für eine absolute Notwendigkeit hält. Das alte Unrecht mit den Namensaktien müsse gutgemacht werden, nachdem diese seinerzeit viel zu stark zusammengelegt worden seien. Auch in der Dividendenverteilung wird auf der Generalversammlung eine Opposition zu erwarten sein, da statt der beabsichtigten neunprozentigen sehr wohl eine Dividende von 10 Proz. gezahlt werden könne. Der Oberbürgermeister von Düsseldorf fügte hinzu, daß man sich bei der Verwaltung des RWE wieder daran gewöhnen müsse, kommunale Einflüsse nicht als eine einfache Formfrage zu behandeln.

Die Verstärkung des gemeinwirtschaftlichen Charakters im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswert ist eine Notwendigkeit und sie muß mit allen Mitteln erstrebt werden. Hoffentlich werden auch Preußen und das Reich diese Notwendigkeit voll erkennen und ihren ganzen Einfluß in dieser Richtung einlehen.

Amerika ist auch ein großer Schuldner.

Nicht nur Gläubiger.

Man hört sehr viel davon, was alles die ganze Welt Amerika schuldet, und wie rasch diese Verschuldung zunimmt; gar nichts aber von den Schulden, die Amerika selbst hat. Diese Schulden Amerikas sind freilich nicht so groß, wie die amerikanischen Forderungen, aber auch nicht so gering, als daß man sie unbeachtet lassen dürfte.

Die kurzfristige Verschuldung Amerikas ist vielleicht drei- oder viermal so hoch wie die Deutschlands. Die Untersuchung, die vom amerikanischen Wirtschaftsministerium (Department of Commerce) durchgeföhrt wurde, hat ergeben, daß die ausländischen Anlagen in amerikanischen Banken (Bestand amerikanischer Aktien und Anleihen, Depositen, kurzfristige Kredite usw.) 1926 nicht weniger als 3 1/2 Milliarden Dollar oder 15 1/2 Milliarden Mark ausmachten und daß sie seit 1925 um 510 Millionen Dollar oder 2140 Millionen Mark zugenommen haben. Da aber diese Untersuchung nicht alle amerikanischen Banken erfaßt hat, so stehen diese Summen noch hinter den wirklichen zurück.

Es wird angenommen, daß man die ausländischen Guthaben in Amerika am Ende des Jahres 1926 auf 4125 Millionen Dollar oder 17 1/2 Milliarden Mark und ihre Zunahme im Laufe des Jahres auf 560 Millionen Dollar oder 2350 Millionen Mark schätzen darf. Demgegenüber werden die amerikanischen kurzfristigen Anlagen im Ausland 1926 nur auf rund 1120 Millionen Dollar oder 4,7 Milliarden Mark und ihre Zunahme im Laufe des Jahres auf nur 50 Millionen Dollar oder 210 Millionen Mark geschätzt. Amerika hat also eine kurzfristige oder unbefristete Verschuldung von netto 3 Milliarden Dollar oder über 12 1/2 Milliarden Mark, und diese reine Verschuldung nimmt in raschem Tempo zu, so im Laufe des Jahres 1926 um mehr als 2 Milliarden Mark.

Woran liegt es, wenn Amerika, das Land mit Ueberfluß an Kapitalien, mit jahrelanger Geldflüssigkeit, mit niedrigem Diskontsatz und Zinsniveau, trotzdem so hohe Summen zu sich hineinzieht? Und was für Geld ist das?

Zum Teil sind die ausländischen Kapitalanlagen in Amerika nichts anderes als Ausdruck jener Erscheinung, die Kapitalflucht genannt wird. Diese Erscheinung gehört jetzt mehr der Vergangenheit als der Gegenwart an. Die Anziehungskraft, die das „flüchtende“ Kapital nach Amerika zog, beruht aber bestehen: die Sicherheit. So brauchen dank dieser Sicherheit einige Zentralnotenbanken nicht alle zur Deckung ihrer Währung dienenden Devisen in ihren Kassen zu behalten, sondern können sie zum Teil in Amerika deponieren, wo sie Zinsen dafür bekommen. Was die kurzfristigen Anlagen im eigentlichen Sinne anbetrifft, so werden sie nach Amerika gezogen durch die ständige Steigerung der Aktienkurse bei dem riesenhaften Umfang der Börsenspekulation und die damit verbundene Möglichkeit großer Kursgewinne.

Ein nicht geringer Teil des „ausländischen“ Geldes, das in Amerika angelegt wird, ist schließlich nichts anderes als amerikanisches Geld, welches schon dem Ausland geflohen, aber nach



Halpaus

bringt eine

neue

RARITÄT

IM ORIENT-FACON

in blauer Packung

4 Pf.

Die kommende Bauausstellung.

Stadtverordnetenversammlung genehmigt den Vertrag. — Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Die Vorbereitungen zu der für 1930 geplanten Dauer-Bauausstellung in Berlin schreiten fort. Gestern hat die Stadtverordnetenversammlung den mit dem „Berein Bauausstellung“ abzuschließenden Vertrag genehmigt. Zugestimmt wurde den Sicherungen, die der Ausschuss hinsichtlich des Höchstbetrages der auf die Stadt zu übernehmenden Kosten empfahl, ebenso einem sichernden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der im Hinblick auf die Möglichkeit anderer Ausstellungen aus dem Fachgebiet der Bauwirtschaft die Zuständigkeit des Bereins und der Stadt abzugeben fordert. In der Debatte benutzte Genosse Lohmann die Gelegenheit, wegen des im „Vorwärts“ bereits angeprangerten „Spar-Kommisars“-Artikels der Hugenbergschen „Nacht-Ausgabe“ mit den Deutschnationalen abzurechnen. Er brandmarkte den Artikel als eine Denunziation, die Berlins Kredit aufs schwerste zu schädigen geeignet ist. Oberbürgermeister Böhm schloß sich mit einer, gegen dieses unverantwortliche Treiben gerichteten, scharfen Erklärung an. Nachher versuchten die Deutschnationalen die Aufmerksamkeit von der ihnen widerfahrenen Stimpfung durch eine Attacke gegen Stadtbaurat Wagner abzulenken. Die Wut ihres Angriffes ließ merken, wie sehr ihre Stimpfung sie schmerzte.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich zunächst mit der zweiten Beratung der Vorlage wegen der Veranstaltung einer

Dauer-Bauausstellung.

Aus dem vorbereitenden Ausschuss berichtete Stadtverordneter Genosse Drämer. Nach dem Vertrag, der zwischen der Stadt und dem Verein „Bauausstellung“ geschlossen wurde, verpflichtet sich der Verein, vom 1. Mai 1930 bis zum 30. April 1940 auf dem städtischen Ausstellungsgelände in Wilmersden eine Dauer-Bauausstellung zu errichten. Die Ausstellung soll in lehrreicher Weise eine Uebersicht über das Schaffen der Bauwirtschaft bringen. Es werden Bauabteilungen errichtet, das Ausstellungsgelände wird nach Holtenauer hin bedeutend erweitert werden — eine Nielsenchau, die außerordentliche Auswirkungen auf die Belebung der Wirtschaft und den Arbeitsmarkt haben wird. Der Ausschuss empfiehlt der Versammlung eine Befehlshaltung, nach der dem Vertrag unter der Bedingung zugestimmt wird, daß die Verpflichtungen der Stadt aus dem Vertrage 7,2 Millionen Mark nicht übersteigen dürfen.

Für die Aussprache werden den Fraktionen je 20 Minuten Redezeit gegeben.

Gen. Lohmann gegen das Hugenberg-Blatt.

Man hätte erwarten dürfen, so führte Genosse Dr. Lohmann aus, daß die Magistratsvorlage und der Vertragsentwurf ohne viel Debatten in der Stadtverordnetenversammlung angenommen werden würden. Durch die Dauerbauausstellung werde Arbeit im Umfange von etwa 20 Millionen Mark geschaffen; die sich daraus ergebende Belebung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Fremdenverkehrs liege auf der Hand. Für Tausende Erwerbslose würde Arbeit geschaffen werden. Es handelt sich aber bei der Ausstellung auch darum, daß, falls Berlin absteht, andere Städte wie Köln und Leipzig sich danach reifen würden, diese Ausstellung zu arrangieren und daß sie nicht anstünden, höhere städtische Mittel dafür zu verausgaben als das in der Vorlage für Berlin der Fall ist. Andere Städte sind in solchen Dingen eben weniger ängstlich als Berlin, das dazu noch von allen möglichen Behörden und Ausschüssen instanzlich heobachtet und schikaniert wird. Aber, wie die Deutschnationalen, gegen solche werdenden Ausgaben der Stadt Berlin ist, treibt damit die unproduktive Erwerbslosensfürsorge ungeheuer in die Höhe. Die Deutschnationalen scheinen inzwischen allerdings eingesehen zu haben, daß sie mit ihrer Politik des „Sparens um jeden Preis“ und der Ablehnung von Mitteln für produktive und werdende Unternehmungen nicht weit kommen. Deshalb versucht man jetzt auf andere Art und Weise, seine städtefeindliche Politik durchzusetzen. Den Ton zu der neuen Resolie hat am Mittwochabend die „Nacht-Ausgabe des Tag“ angegeben. In niederträchtiger Weise ist dieses Hugenbergorgan gegen die Finanzpolitik der Stadt Berlin losgezogen. Die „Nacht-Ausgabe“ ist nicht davor zurückgeschreckt,

eine Denunziation der Stadt Berlin gegenüber den Reichsaufsichtsbehörden anzubringen,

ja, sie ging sogar so weit, die Finanzgebärung der Stadt beim Reparationsagenten der Entente zu denunzieren und einen „Reichs-Spar-Kommisars“ für Berlin zu fordern. Genosse Lohmann polemisiert weiter gegen den Artikel der „Nacht-Ausgabe“, der im übrigen schon in der Donnerstagsmorgenausgabe des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Neue Heise gegen die Gemeinden“ die gefährliche Abfertigung gefunden hat. Als Genosse Dr. Lohmann die Latit der Deutschnationalen und ihrer Zeitungsorgane als

eine Schädigung der Kreditwürdigkeit Berlins

bei seinen ausländischen Geldgebern bezeichnet, erhält er demonstrativen Beifall. Das Reich kann keinen Spar-Kommisars beim Wehr- und Marineetat ansetzen, dort gibt es genug lächerliche Ausgaben zu streichen. (Geheul bei den Deutschnationalen.) Im übrigen soll das Reich mit dem Deutschnationalen vor der eigenen Tür lehren, ehe es der Stadt Berlin Heßeln anlegt. Am Schluß seiner Ausführungen erklärte Genosse Dr. Lohmann die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Projekt der Dauerbauausstellung.

Von den Deutschnationalen hatte der Stadtverordnete Dethloffson die Aufgabe erhalten, den üblichen für die Öffentlichkeit bestimmten deutschnationalen Zurückzieher zu machen. Er erklärte, daß die Deutschnationalen nicht hinter dem Artikel der „Nacht-Ausgabe“ händeln; eine Aeußerung eines einzelnen deutschnationalen Organs könne nicht der Fraktion in die Schuhe geschoben werden; im übrigen definierte der Redner die Stellung der Deutschnationalen dahin, daß sie stets „für eine verständige Selbstverwaltung“ seien.

Oberbürgermeister Böhm gegen die Angriffe

der „Nacht-Ausgabe des Tag“, nachdem er feingestimmt hatte, daß durch den großen geplanten Ausstellungsapparat der Stadt und der Wirtschaft große Werte zugeführt werden. Der Oberbürgermeister betonte, daß inzwischen ermittelt sei, wie der alarmierende Artikel gegen die Stadt in die „Nacht-Ausgabe“ gelangen konnte: Der Pressedel des Reichsfinanzministeriums hat ohne jede tatsächliche Unterlage die Angaben gemacht. Unverantwortlich ist es, daß um diese Angaben ein Artikel geschrieben werden konnte, ohne daß von der Redaktion der „Nacht-Ausgabe“ der geringste Versuch gemacht wurde, von den städtischen Stellen eine Auskunft zu erlan-

gen; bedauerlich ist es, daß durch den Artikel die Selbstverwaltung Berlins so bloßgestellt werden konnte. Der Oberbürgermeister bezeichnete es schließlich als bedenklich, daß der Pressedel des Reichsfinanzministeriums eine solche Auskunft geben konnte. Lebhafter Beifall links und in der Mitte! Nachdem die einzelnen Fraktionsredner die Stellung ihrer Freunde zu dem Projekt der Dauer-Bauausstellung dargelegt hatten, ließ ein Antrag der Kommunisten ein, der die Ausstellung aller städtebaulichen Projekte von der Ausstellung verlangt. Es sollen die Gehöftkunst (Anlegung von Friedhöfen), Raumkunst und das Kunstgewerbe ausgeschlossen sein. Der deutschnationale Stadtverordnete Kimmel fragte, was denn eigentlich ausgestellt werden solle, wenn der kommunistische Antrag durchläge. Er verlangte die Meinung des Stadtbaurates zu hören. Stadtbaurat Genosse Dr. Wagner (von der Rechten mit Oho-Rufen empfangen): Er besonnte, seine eigene Meinung ginge dahin, daß sehr wohl die genannten Gebiete von der Ausstellung ausgeschlossen werden könnten, da sie, vielleicht bis auf Raumkunst und Kunstgewerbe, ureigenes Gebiet der Kommunisten seien. Städtebauliches, Stedlungs- und Wohnungsbau müßten auf einer Städtebauausstellung zur Darstellung kommen, nicht aber auf einer Ausstellung wie der zu veranstaltenden, deren Ausgestaltung den beteiligten Gewerben und Wirtschaftszweigen vorbehalten sein müsse. Das sei auch der bislang unangefochtene Grundsatz des städtischen Ausstellungs- und Messeamtes bei allen bisher arrangierten Ausstellungen und Schauen. Selbstverständlich könne man im einzelnen bei der Ausstellungsbestimmung von Fall zu Fall entscheiden. — Während der Rede des Stadtbaurates verurteilten die Deutschnationalen großen Lärm; an der Spitze der Lärmemacher und Zwischenrufer steht der Pfarrer Koch, der dazwischen brüllt, er wolle die Meinung des Stadtbaurates als Magistratsmitglied hören. Genosse Wagner wird minutenlang am Reden verhindert, so daß er eben den danach verlangenden Deutschnationalen die Auskunft nicht geben kann. Stadtbaurat Merten (Dem.) fragt den Magistrat nach seiner Meinung zu dem kommunistischen Antrag. Der Oberbürgermeister Böhm erklärt, daß der Magistrat seinen Standpunkt zu der Vorlage nicht geändert habe und den kommunistischen Antrag nicht gutheiße. — Später betonte dann noch Genosse Lohmann, daß die große Linie der Ausstellung zweifellos in der Richtung des kommunistischen Antrages liegen werde, d. h. also, daß alles rein Städtebauliche ausgeschlossen sein wird. Alle Interessenten stimmen dem zu, und schließlich will auch noch das Messeamt seine Spezialausstellung machen. Genosse Lohmann bittet um Annahme des Ausschusseschlusses, wozu ein sozialdemokratischer Ergänzungsantrag vorliegt. Unter Ablehnung einer Reihe von Änderungsanträgen verschiedener Fraktionen wird schließlich dem Vortragsentwurf nach den Beschlüssen des Ausschusses zugestimmt.

Zu einem Antrag der Wirtschaftspartei, der verlangt, daß bei der Umwandlung der Stromart von Gleichstrom in Drehstrom von den städtischen Elektrizitätswerken keine Gebühren von den Abnehmern erhoben werden sollten, bemerkte Genosse Brost, daß diesem Antrage unter keinen Umständen zugestimmt werden könne. Zu einer Vorlage des Magistrats, betreffend die

Funkwinkel.

Dr. Kurt Zielniger entwickelt in einem Vortrag die Ziele und Wirkungen des Merkantilismus. Der Titel „Nationalwirtschaft einst und jetzt“ ist hoffentlich die Bezeichnung für eine Vortragsreihe. Aus den Ausführungen dieses Tages war das nicht zu ersehen. Doch ist sehr zu wünschen, daß Dr. Zielniger eingehend zu diesem Thema sprechen kann. Er gab eine außerordentlich klare und übersichtliche Darstellung der merkantilistischen Ideen, die auch wieder in der Volkswirtschaft unserer Tage eine wesentliche Rolle spielen. Die Schutzpolitik ist entstanden aus einer Ueberwertung des Staatsgedankens, aus der Annahme, daß der Staat sich selbst genug sei und aus eigener Kraft leben könne. Jeder Staat ist aber wirtschaftlich — geistig — vom anderen abhängig und er kann keine Kräfte und besonderen Fähigkeiten erst dann entwickeln, wenn er sich nicht durch Zollstrafen isoliert. — Der Nachmittag zeigte Alfred Polgar in drei Betrachtungen voll lächelnd-resignierender Lebensphilosophie, die Leo Reininger las. Dann brachte das Bar-Musik-Quartett Kammermusik in volldemem künstlerischen Zusammenspiel. Die virtuose-temperamentvolle Wiedergabe von Schumanns „Dur-Quartett opus 41“ wurde vielleicht dem romantischen Charakter des Wertes nicht ganz gerecht. — Eine „Fröhliche Stunde“ erkeute am Abend mit Werten der Operettenkomponisten Künnele, Kalman und Eward Winterberg. Das Funkschaffen unter Bruno Seidler-Winkler, der Funktor, die Sopranistin Else Kochmann und der Tenor Karl Böten bemühten sich erfolgreich um das Gelingen der Veranstaltung.

Einführung von Uebergangsfahrkarten

zwischen den drei städtischen Verkehrsunternehmungen und den Ortsbahnen der Reichsbahn, erklärte Genosse Umberg, daß sich die Umsteigefahrkarte auf den städtischen Verkehrsunternehmungen zweifellos großer Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Die Sozialdemokraten erwarten aber, daß die Umsteigeberechtigung nicht nur zwischen allen städtischen Verkehrsmitteln, sondern auch auf die Stadt- und Ringbahn zu gleichen Bedingungen ausgedehnt wird. Wenn die in beschränktem Umfange vorliegende Zulage der Reichsbahn auch durchaus noch nicht alle Wünsche erfüllt, so bedeute sie doch den Sieg des von uns vertretenen Prinzips. Genosse Umberg hat dann um die Annahme eines Antrages unserer Fraktion, der den Einheitsstarif innerhalb der Grenzen Berlins zwischen allen Verkehrsunternehmungen, also auch der Reichsbahn, verlangt. Der Antrag wurde angenommen, nachdem Stadtrat Genosse Reuter noch besonders hervorgehoben hatte, daß es das erstmal sei, daß von der Stadt ein Tarifverhältnis mit der Reichsbahn eingegangen wird. Gegenüber weitergehenden Anträgen der Kommunisten erklärt Genosse Reuter, daß die Reichsbahn sich nicht gewillt gezeigt hat, den Umsteigerecht zu weit auszudehnen, daß ihre eigenen Tarife unterboten werden. Allerdings will die Reichsbahn neue Verhandlungen aufnehmen, sobald genügend Erfahrungen im Umsteigerecht vorliegen. Vielleicht will die Reichsbahn nach der Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn ein ganz neues Tarifwesen einführen, so daß bei dieser Gelegenheit auch ein auf alle Berliner Verkehrsunternehmungen ausgedehntes Umsteigerecht eingeführt ist.

Nach der debattierten Entscheidung einer ganzen Reihe weniger wichtiger Vorlagen wandte sich dann das Haus in später Stunde nach dem kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Anschuldigungen gegen das Kinderheim Gütergog zu. Der Antrag wurde von der Stadt. Rosenkaval (Komm.) begründet: Stadträtin Genossin Wegl wies namens des Magistrats die Angriffe der Vorbereitenden jurid. Die Abstimmungen wurde auf kommenden Donnerstag vertagt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Parteiweilnehmer

Wie alle Klassen und in-erweiterten Klassen und Genossinnen: Zusammenkunft heute, Freitag, 11. November, 19 Uhr, im Deutschen Landtag, Saal 12. Genosse Wegl spricht über das Thema „Was will und wie kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands?“ Er spricht sehr lebhaft!

Elektre und Spreche: Gemeinlame Probe zur Revolutionstheorie heute, Freitag, 19 Uhr, im Deutschen Landtag, 2. We müssen unbedingt erziehen. Die Revolutionstheorie muß am Sonntag vormittag bis 10 Uhr im Reueber-Palast abgerechnet werden. Schöne große rote Fahnen müssen am Sonntag zur Revolutionstheorie mitgebracht werden.

heute, Freitag, 19 1/2 Uhr:

Wahl I: Schul-Wahlkreis St. 21. „Der 9. November“, — Wahl II: beim Schiller St. 18-19. „Der 9. November 1918“, — Wahl III: beim Schiller St. 20. „Einführungsgesetz“, — Wahl IV: beim Schiller St. 21. „Reueber-Palast“, — Wahl V: beim Schiller St. 22. „Die SPD“, — Wahl VI: beim Schiller St. 23. „Die SPD“, — Wahl VII: beim Schiller St. 24. „Die SPD“, — Wahl VIII: beim Schiller St. 25. „Die SPD“, — Wahl IX: beim Schiller St. 26. „Die SPD“, — Wahl X: beim Schiller St. 27. „Die SPD“, — Wahl XI: beim Schiller St. 28. „Die SPD“, — Wahl XII: beim Schiller St. 29. „Die SPD“, — Wahl XIII: beim Schiller St. 30. „Die SPD“, — Wahl XIV: beim Schiller St. 31. „Die SPD“, — Wahl XV: beim Schiller St. 32. „Die SPD“, — Wahl XVI: beim Schiller St. 33. „Die SPD“, — Wahl XVII: beim Schiller St. 34. „Die SPD“, — Wahl XVIII: beim Schiller St. 35. „Die SPD“, — Wahl XIX: beim Schiller St. 36. „Die SPD“, — Wahl XX: beim Schiller St. 37. „Die SPD“, — Wahl XXI: beim Schiller St. 38. „Die SPD“, — Wahl XXII: beim Schiller St. 39. „Die SPD“, — Wahl XXIII: beim Schiller St. 40. „Die SPD“, — Wahl XXIV: beim Schiller St. 41. „Die SPD“, — Wahl XXV: beim Schiller St. 42. „Die SPD“, — Wahl XXVI: beim Schiller St. 43. „Die SPD“, — Wahl XXVII: beim Schiller St. 44. „Die SPD“, — Wahl XXVIII: beim Schiller St. 45. „Die SPD“, — Wahl XXIX: beim Schiller St. 46. „Die SPD“, — Wahl XXX: beim Schiller St. 47. „Die SPD“, — Wahl XXXI: beim Schiller St. 48. „Die SPD“, — Wahl XXXII: beim Schiller St. 49. „Die SPD“, — Wahl XXXIII: beim Schiller St. 50. „Die SPD“, — Wahl XXXIV: beim Schiller St. 51. „Die SPD“, — Wahl XXXV: beim Schiller St. 52. „Die SPD“, — Wahl XXXVI: beim Schiller St. 53. „Die SPD“, — Wahl XXXVII: beim Schiller St. 54. „Die SPD“, — Wahl XXXVIII: beim Schiller St. 55. „Die SPD“, — Wahl XXXIX: beim Schiller St. 56. „Die SPD“, — Wahl XL: beim Schiller St. 57. „Die SPD“, — Wahl XLI: beim Schiller St. 58. „Die SPD“, — Wahl XLII: beim Schiller St. 59. „Die SPD“, — Wahl XLIII: beim Schiller St. 60. „Die SPD“, — Wahl XLIV: beim Schiller St. 61. „Die SPD“, — Wahl XLV: beim Schiller St. 62. „Die SPD“, — Wahl XLVI: beim Schiller St. 63. „Die SPD“, — Wahl XLVII: beim Schiller St. 64. „Die SPD“, — Wahl XLVIII: beim Schiller St. 65. „Die SPD“, — Wahl XLIX: beim Schiller St. 66. „Die SPD“, — Wahl L: beim Schiller St. 67. „Die SPD“, — Wahl LI: beim Schiller St. 68. „Die SPD“, — Wahl LII: beim Schiller St. 69. „Die SPD“, — Wahl LIII: beim Schiller St. 70. „Die SPD“, — Wahl LIV: beim Schiller St. 71. „Die SPD“, — Wahl LV: beim Schiller St. 72. „Die SPD“, — Wahl LVI: beim Schiller St. 73. „Die SPD“, — Wahl LVII: beim Schiller St. 74. „Die SPD“, — Wahl LVIII: beim Schiller St. 75. „Die SPD“, — Wahl LIX: beim Schiller St. 76. „Die SPD“, — Wahl LX: beim Schiller St. 77. „Die SPD“, — Wahl LXI: beim Schiller St. 78. „Die SPD“, — Wahl LXII: beim Schiller St. 79. „Die SPD“, — Wahl LXIII: beim Schiller St. 80. „Die SPD“, — Wahl LXIV: beim Schiller St. 81. „Die SPD“, — Wahl LXV: beim Schiller St. 82. „Die SPD“, — Wahl LXVI: beim Schiller St. 83. „Die SPD“, — Wahl LXVII: beim Schiller St. 84. „Die SPD“, — Wahl LXVIII: beim Schiller St. 85. „Die SPD“, — Wahl LXIX: beim Schiller St. 86. „Die SPD“, — Wahl LXX: beim Schiller St. 87. „Die SPD“, — Wahl LXXI: beim Schiller St. 88. „Die SPD“, — Wahl LXXII: beim Schiller St. 89. „Die SPD“, — Wahl LXXIII: beim Schiller St. 90. „Die SPD“, — Wahl LXXIV: beim Schiller St. 91. „Die SPD“, — Wahl LXXV: beim Schiller St. 92. „Die SPD“, — Wahl LXXVI: beim Schiller St. 93. „Die SPD“, — Wahl LXXVII: beim Schiller St. 94. „Die SPD“, — Wahl LXXVIII: beim Schiller St. 95. „Die SPD“, — Wahl LXXIX: beim Schiller St. 96. „Die SPD“, — Wahl LXXX: beim Schiller St. 97. „Die SPD“, — Wahl LXXXI: beim Schiller St. 98. „Die SPD“, — Wahl LXXXII: beim Schiller St. 99. „Die SPD“, — Wahl LXXXIII: beim Schiller St. 100. „Die SPD“, — Wahl LXXXIV: beim Schiller St. 101. „Die SPD“, — Wahl LXXXV: beim Schiller St. 102. „Die SPD“, — Wahl LXXXVI: beim Schiller St. 103. „Die SPD“, — Wahl LXXXVII: beim Schiller St. 104. „Die SPD“, — Wahl LXXXVIII: beim Schiller St. 105. „Die SPD“, — Wahl LXXXIX: beim Schiller St. 106. „Die SPD“, — Wahl LXXXX: beim Schiller St. 107. „Die SPD“, — Wahl LXXXXI: beim Schiller St. 108. „Die SPD“, — Wahl LXXXXII: beim Schiller St. 109. „Die SPD“, — Wahl LXXXXIII: beim Schiller St. 110. „Die SPD“, — Wahl LXXXXIV: beim Schiller St. 111. „Die SPD“, — Wahl LXXXXV: beim Schiller St. 112. „Die SPD“, — Wahl LXXXXVI: beim Schiller St. 113. „Die SPD“, — Wahl LXXXXVII: beim Schiller St. 114. „Die SPD“, — Wahl LXXXXVIII: beim Schiller St. 115. „Die SPD“, — Wahl LXXXXIX: beim Schiller St. 116. „Die SPD“, — Wahl LXXXXX: beim Schiller St. 117. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXI: beim Schiller St. 118. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXII: beim Schiller St. 119. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXIII: beim Schiller St. 120. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXIV: beim Schiller St. 121. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXV: beim Schiller St. 122. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXVI: beim Schiller St. 123. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXVII: beim Schiller St. 124. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXVIII: beim Schiller St. 125. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXIX: beim Schiller St. 126. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXX: beim Schiller St. 127. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXI: beim Schiller St. 128. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXII: beim Schiller St. 129. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXIII: beim Schiller St. 130. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXIV: beim Schiller St. 131. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXV: beim Schiller St. 132. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXVI: beim Schiller St. 133. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXVII: beim Schiller St. 134. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXVIII: beim Schiller St. 135. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXIX: beim Schiller St. 136. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXX: beim Schiller St. 137. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXI: beim Schiller St. 138. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 139. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 140. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 141. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 142. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 143. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 144. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 145. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 146. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 147. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 148. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 149. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 150. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 151. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 152. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 153. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 154. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 155. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 156. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 157. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 158. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 159. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 160. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 161. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 162. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 163. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 164. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 165. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 166. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 167. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 168. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 169. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 170. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 171. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 172. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 173. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 174. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 175. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 176. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 177. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 178. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 179. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 180. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 181. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 182. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 183. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 184. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 185. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 186. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 187. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 188. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 189. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 190. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 191. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 192. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 193. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 194. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 195. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 196. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 197. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 198. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 199. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 200. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 201. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 202. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 203. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 204. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 205. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 206. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 207. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 208. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 209. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 210. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 211. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 212. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 213. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 214. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 215. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 216. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 217. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 218. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 219. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 220. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 221. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 222. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 223. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 224. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 225. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 226. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 227. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 228. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 229. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 230. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 231. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 232. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 233. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 234. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 235. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 236. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 237. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 238. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 239. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 240. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 241. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 242. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 243. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 244. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 245. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 246. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 247. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 248. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 249. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 250. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 251. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 252. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 253. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 254. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 255. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 256. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 257. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 258. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 259. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 260. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 261. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 262. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 263. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 264. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 265. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 266. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 267. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 268. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 269. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 270. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 271. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 272. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 273. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 274. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 275. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 276. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 277. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 278. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 279. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 280. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 281. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 282. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 283. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 284. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 285. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 286. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 287. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 288. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 289. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 290. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 291. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 292. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 293. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 294. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 295. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 296. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 297. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 298. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 299. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 300. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 301. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 302. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 303. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 304. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 305. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 306. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 307. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 308. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 309. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 310. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 311. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 312. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 313. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 314. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 315. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 316. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 317. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 318. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 319. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 320. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 321. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 322. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 323. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 324. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 325. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 326. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 327. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 328. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 329. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 330. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 331. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 332. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 333. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 334. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 335. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 336. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 337. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 338. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 339. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 340. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 341. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 342. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 343. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 344. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 345. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 346. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 347. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 348. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 349. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 350. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 351. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 352. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 353. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 354. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 355. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 356. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 357. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 358. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 359. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 360. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 361. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 362. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 363. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 364. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 365. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 366. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 367. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 368. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 369. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 370. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 371. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 372. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 373. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 374. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 375. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 376. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 377. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 378. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 379. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 380. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 381. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 382. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 383. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 384. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 385. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 386. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 387. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 388. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 389. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 390. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 391. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 392. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 393. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 394. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 395. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 396. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St. 397. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXXI: beim Schiller St. 398. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXII: beim Schiller St. 399. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIII: beim Schiller St. 400. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIV: beim Schiller St. 401. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXV: beim Schiller St. 402. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVI: beim Schiller St. 403. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVII: beim Schiller St. 404. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXVIII: beim Schiller St. 405. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXIX: beim Schiller St. 406. „Die SPD“, — Wahl LXXXXXXXX: beim Schiller St.



Jugendlich. Mantel
wollner Velours, sehr kleidam
28.50
Wochenrate 1.50

Ottoman - Mantel
in schwarz u. marine, halb auf Damast u. Pflüschgarn
37.50
Wochenrate 2.-

Ottoman-Mantel
halb auf Damast mit Pelz-Imitation besetzt
40.00
Wochenrate 2.-

Das ist unsere Stärke

Preise unvergleichlich niedrig, Qualität in jeder Beziehung gut, Auswahl riesengross und auf

Teilzahlung
IN RATEN
ohne Preisauflschlag

Mit diesen 4 Punkten werben wir um Sie!



Ottoman-Mantel
fesch. Kleide, Wickelmant. hih. a. Damas.
45.-
Wochenrat. 2.50

Tanzkleid
Crêpe de Chine in modern. Stofffarben
16.50
Wochenrate 1.-

Crêpe de Chine-
Kleid, antik. lein. Jugendliches Modell
29.-
Wochenrat. 1.50



Eleg. Pelzmantel
ganz auf reiner Seide gefüttert
195.-
Wochenrate 8.-

Ve'ours Mantel
schwarze reißwollene Qualität mit Opusum-Imitation
52.-
Wochenrate 3.-

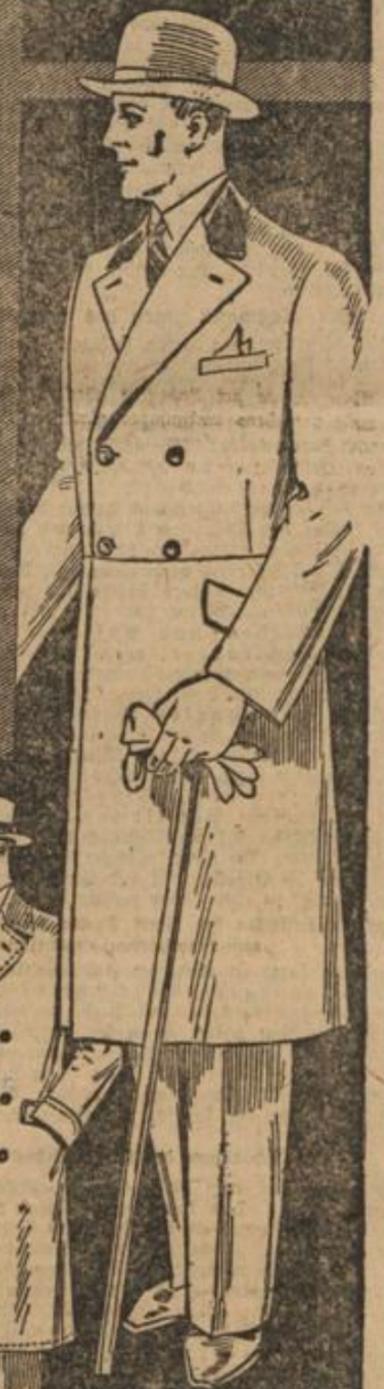
Gesellschafts-Anzug
schwarz Melton, mit Horis eingefaßt, gutverarbeitet
62.-
Wochenrate 3.50

Beachten

Sie unsere neuengerichteten großen Abteilungen für **Schuhwaren, Teppiche, Gardinen, Weisswaren, Baumwollwaren, Leib-, Bett- u. Tischwäsche, Woll- u. Strickwaren, Trikotasen u. Oberhemden.**

Unsere 6X vergrößerten Räume

(durch Hinzunahme der I. Etage)
bieten Ihnen einzigdastehende Angebote!



Modern gekleidet
Auf
Teilzahlung
IN RATEN
ohne Preisauflschlag
im



Herren - Ulster
mit Absteife gut i. Qualität u. Verarbeitung
53.-
Wochenrate 3.-

Herren - Ulster
dunkelfarb. strapazierfähig. Qualität
35.-
Wochenrate 2.-

Gehrock-Da'etot
auf Satinella gefüttert, erstklassig. Paßform
56.-
Wochenrate 3.-

KAUFHAUS Modern

IM OSTEN: Große Frankfurter Str. 101 (Am Straußberger Pl.)
IM SÜDEN: Kaffbuserdamm 72 Ecke Lenaustr. Nähe Hermannpl.

Meine kleine Schwester.

Von Manfred Rosenberg.

Ich hab eine kleine Schwester. Die Menschen mögen sie nicht leiden. Weil sie kein Kind ist mit lachenden Augen, die frohgemut in die Welt hineinspringen, weil sie kein schwarzes, seidenweiches Haar hat, das im Licht so bläulich schimmert. Nein, meine Schwester hat schmutzige Augen, auch die Haut ist schmutzfarbig, ja, alles erinnert an Schmutz bei ihrem Anblick. Auch die Haare, die über einer niederen Stirn, von tausend kleinen Fältchen zerschnitten, sich nach rechts und links in zwei negertrause Strähnen teilen, scheinen vom Schmutz angefressen zu sein, so daß ihr dürres Schwarz fast tragt, wenn einer es berührt.

Wer mag auch solches Kind leiden? Außer uns zweien: Mutter und mir. Sie ist die einzige, der wir wohl tun können. Keiner noch will von uns Armen etwas nehmen. Aber sie scheint wunschlos. Den Tag über sitzt sie, den Kopf zur Erde geneigt, auf einem niederen Schemel und spielt mit einer Zigarrentafel. Darin liegen zwei Kienäpfel. Der eine lang, der andere rund. Der eine ist „die dünne Lud“; der andere „der dicke Schlud“. Zuweilen zieht sie auch eine Schnur durch ein Loch an dem Kasten, das sie mit meinem Bohrer sich ganz allein gemacht, und fährt dann ihre Kutsche immer im Kreis um Mutter herum, bis die schon ärgerlich wird. Dann bittet sie ohne einen Ton des Widerspruches ihre Zöglinge im Winkel einer Wandnische, der gegenüber Mutters Nähmaschine steht. Oft prüft sie auch mit kritischen Blicken die ausgeblühten grünen Tapete und staunt ob der wogerechten Schramme in der Wand in der Höhe ihrer Schulter. Sie tastet sie mit ihren knöchernen Fingern ab und hat schon entdeckt, daß ebenso hoch das Brett von Mutters Nähmaschine ist. Aber der Zusammenhang ist ihr nicht klar. Sie fragt auch nicht. Im Gegenteil, merkt sie, wir beobachten sie, so duckt sie sich, und zwingt kramphast den Kopf zur Erde. Drum können wir nie in ihre Augen schauen. Vielleicht lassen sich in ihnen ihre Gedanken lesen. Vielleicht schweigt dies Kind nur, das kein Kind mehr, weil es sieht, wie Mutter, lange bevor es selbst erwacht, und spät in der Nacht, wenn es schon schläft, die Nähmaschine tritt. Und weil es sieht, daß auch ich, wenn ich meine Schularbeit getan, heise, wo ich kann, um Mutter ein paar Groschen geben zu dürfen.

Man spricht bei uns zu Haus wenig. Und das wenige mit viel Liebe. Man gibt sich die Hand, streift aus Dankbarkeit den anderen am Arm. Es fällt uns darum nicht auf, daß meine kleine Schwester schweigt.

Es war Oktober. Die Nächte begannen länger zu werden. Oft klatschte schon Regen an die Scheiben. Ich sah auf meine kleine Schwester, die immer neben mir schläft. Aber wie anders sah ich im Schlaf ihre Züge aus. Um den breiten Mund träufelten sich Tränen. Auch von den tiefstehenden, freudig zugewinkelten Augen ging ein Strahlenkranz feiner Fältchen aus. Sicher, sie träumte! Träumte von etwas Schönerem.

Von ihrem geheimen Wunsch, von einem Puppenwagen. Ach, ganz einfach nur. Aus Holz, nicht einmal mit Glanzlack bezogen. Aber für sie der Inbegriff aller Herrlichkeit. Ein Idol, dem sie ewig vergebens nachzujagen glaubte. Denn sie wollte nichts sagen und durfte nichts sagen. Eine Stimme in ihrer Kinderbrust verbot es ihr. Um so gewaltiger überkam sie nun niegeahnte, süße Seligkeit.

Und schon war sie wach. Wollte aufspringen. „Lisl“ frag ich. „Lisl, was ist dir? Ist dir nicht wohl? Soll ich die Mutter wecken?“

Zwei dürre Kermden umschlangen mich. „Komm, komm! Da, wo Mutter immer sitzt, in der Ecke nebenan, da steht er. Komm doch, komm!“

Schon rissen mich die beiden Arme empor. Ich konnte mein Lisl nicht wieder. Fest hielt ich sie an der Hand. Denn Angst hatte ich, und fragen konnte ich auch nicht: „Wer ist — er?“ Wir tappten durch die graue Morgendämmerung zum Fenster. In der Ecke stand die Nähmaschine.

Der Blinde.

Regen, Regen den ganzen Tag,
alles wird grau und düster sein,
schlafende Schritte,
eintönig dumpf,
Nebel erblindet die Menschen.
Fühle jetzt einen Atem nah
und ein Gesicht in der Mähe.
Rutstert rote Seide
vorbei, vorbei . . .
Alles stummert um das tiebe Wesen
als wenn Sonne
grell auf meine Augen schiene.
Weiß ja nichts von blonden Haaren,
roten Lippen und der Schultern Eisenbein.
Habe nie ein Weib gesehen,
nie über einen Frauenleib getastet,
aber in mir ist ein Bild,
schön wie Gotts Traum,
als er das Weib erschuf.

Hans Helmuth Strätner.

Der Gerichtsvollzieher muß helfen.

Von Otto Wels.

Es war im September 1910. Im brandenburgischen Reichstagswahlkreis Frankfurt-Lbus war durch den Tod des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten eine Ersatzwahl notwendig geworden. In Frankfurt a. d. O. scheiterten alle Versuche, im Innern der Stadt einmal zu den Wählern zu sprechen, an dem Widerstand der Gastwirte, die vor dem auf sie ausgeübten Terrorismus zurückwichen. Ich begab mich nun zu dem Wirt des städtischen Gesellschaftshauses, des größten Saales der Stadt, und mietete ihn für einen allgemeinen Diskussionsabend für Angehörige aller Parteien. Ueber den Mietbetrag ließ ich mir eine Quittung ausstellen. Kaum waren die Handzettel vorbereitet, auf denen ich als Einberufer zu dieser Versammlung einlud, da schwante dem Wirt Unheil, und er nahm durch Telegramm, das er an meine Berliner Adresse sandte, seine Zusage zurück. Nach einem vergeblichen Versuch, den Wirt zur Vernunft zu bringen, blieb mir nichts anderes übrig, als durch einen Rechtsanwalt eine einstweilige gerichtliche Verfügung zu erwirken, die mir die Ausübung des Mietrechtes sicherte. Aber auch jetzt noch blieb der Gastwirt hartnäckig; er wollte den Gerichtsbeschluss nicht respektieren, so daß ich gezwungen war, diesem durch einen Gerichtsvollzieher Geltung zu verschaffen. Der Vollstreckung stellten sich zuerst unangenehme Widerstände entgegen. Der eine der drei Frankfurter Gerichtsvollzieher war zurzeit auf Urlaub, der andere war dienstlich außerhalb

und der letzte zuerst nicht zu finden. Inzwischen war es Abend geworden, das Gesellschaftshaus lag völlig im Dunkeln da. Tausende von Menschen umwogten es, Hochrufe auf die Sozialdemokratie wurden laut. Ein wohlbeleibter Polizeikommissar forderte die Wartenden auf, nach Hause zu gehen, da die Versammlung nicht stattfinden könne. Da plötzlich erscheint, jubelnd begrüßt, der sonst nicht gern gesehene Polizeichef des gerichtlichen Willens. Zögernd wird ihm geöffnet. Endlich öffnen sich die Pforten für die Besucher, im Ru stehen sie in den vorhandenen Räumlichkeiten Kopf an Kopf. Es war eine Versammlung, wie sie Frankfurt a. d. O. nie zuvor gesehen hatte. Die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner wurden mit stürmischem Jubel aufgenommen. Es gelang in der Stichwahl, den Wahlkreis zu erobern.

Wie Maximilian Harden arbeitete.

Es war eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft — Studenten und junge Künstler; Deutsche, Franzosen, Engländer, Rumänen, Norweger —, die sich zu Anfang der neunziger Jahre allwöchentlich im Café Continental zu Berlin (Ecke der Neuen Friedrich- und Königstraße; jetzt steht an der selben Stelle ein großes Warenhaus Kaiser an) zusammensand. Politische und künstlerische Probleme wurden bei schwarzem Kaffee oder Abgibt debattiert; es ging immer sehr lebhaft, oft lärmend her. Hardens Exposita-Essays, die gerade erschienen waren, wurden gierig von uns verschlungen. Seine „Zukunft“ lag auch bereits in den ersten Nummern vor. Und der eine oder andere aus unserem Kreise erzählte, daß es ihm gelungen sei, Beziehungen zu dem Herausgeber der „Zukunft“ zu knüpfen, der gelegentliche Mitarbeiter für sein junges Unternehmen gebrauchen könne. Ein Engländer — ein hüftanker junger Mann, der sich nur auf Krücken fortbewegen konnte und einige Semester Kunstgeschichte an der Berliner Universität hörte — führte auch mich bei Harden ein. Die Arbeit, die uns jungen Leuten zuteil, bestand im wesentlichen darin, daß wir Material für größere Artikel zusammenzusuchen mußten. Jeder hatte ein bestimmtes Gebiet, das ihm, der Art seines Studiums gemäß, besonders lag. Der eine hatte Besichtigungsberichte zu wälzen, der andere die Klassiker der alten Griechen und Römer durchzuquaden, der dritte auf kunstgeschichtliche Reminiszenzen zu forschen ufm. Das jeweilige aktuelle Thema, das Harden in einem seiner stets zündend und funkelnd geschriebenen Aufsätze behandeln wollte, wurde durch diese Klein- und Bühlarbeit, die wir auszuführen hatten, vorbereitet und wissenschaftlich orientiert. Gewöhnlich gab uns Harden die Quellen und Wege an, die wir besonders im Auge behalten sollten. Oft aber mußten wir selbst suchen und das, was er gerade brauchte, ausfindig machen. Wir hatten natürlich kein fertiges Manuskript zu liefern. Es genügten kurze Auszüge, namentlich Zahlen, die stets mit genauen Quellenangaben versehen sein mußten. Für eine derartige Arbeit, die uns selbstverständlich oft geraume Zeit in Anspruch nahm, zahlte er — für damalige Verhältnisse — recht prächtige meißens war es ein großes Goldstück, mit dem wir heimziehen konnten. Ich habe den kleinen Mann mit den großen, seelenden Augen noch heute lebhaft in der Erinnerung. Er wohnte damals im alten Berliner Westen. Seinem Arbeitszimmer erschrömte eine nordenfingende Weichheit: hohe, federnde Teppiche, ein mit Daumentissen mollig betürmter Divan, in die man zu versinken fürchtete, wenn man von der freundlichen Aufforderung, Platz zu nehmen, Gebrauch machte. Dazu ein dämmeriges Licht, das, durch farbige Fenstervorhänge gedämpft, in den Raum floß und eine eigenartige Stimmung hervorrief. . . .

Nach Jahren, als ich meine erste längere Gefängnisstrafe, verursacht durch eine Verdrüsselung in der Parteipresse, verbüßt hatte, hörte ich noch einmal von Harden. Er schrieb mir, daß ich ihn besuchen sollte. Ich ging zu ihm. Er empfing mich in seiner stillen, freundlichen Art, fragte nach meinem Ergehen und nach meinen Zukunftsplänen. Beim Abschied drückte er mir ein verpacktes Kuvert in die Hand. Gute Freunde hätten für mich während meiner Gefängniszeit eine kleine Sammlung veranstaltet. Ich sollte mich dafür erholen und für neue Arbeit kräftigen. Wie ich später von anderer Seite in Erfahrung brachte, waren Harden und Georg v. Bollmar die Hauptspender gewesen. Mein Weg hat mich dann nicht wieder zu ihm geführt. R. Vossen.

Engagement bei Camoretti.

Von Alfred Merkwißka.

Eines Morgens entdeckte ich weit draußen in der Vorstadt den Zirkus Camoretti. Monate streifte ich ziellos durch die Stadt, und nun stand ich plötzlich mit neuer Hoffnung vor dem kleinen Zelt, das, von Mietstojernen und Gartenhäusern umgeben, auf einer kleinen Grünfläche stand. Der Wind fuhr über den Platz, daß das Zeltuch klappend an die Stangen schlug. Der Stühbaum knarrte, und die Haltestripte wendeten sich ähynend an den Pfählen. Aus dem Innern schallten regelmäßige, gedämpfte Hufschläge, die in Abständen von Peitschentacken unterbrochen wurden. Aus dem Flügelgang ertönten Laute unbestimmbarer Tiere.

Dicht am Zelt hockten eng beieinander einige Wohnwagen, die in verwachsenen Lettern die Aufschrift „Zirkus Camoretti“ trugen. Aus dem ersten Wagen in verwegenen Schriftzeichen: Direktion.

Ich stieg die kleine Treppe hinauf und klopfte. Ein barisches Herein ertönte, und ich öffnete die Tür, die nach außen ging und das Eintreten zu einem Balancoast für Schlangenspieler machte. Eine Wolke von Speisegeruch und verbrauchter Luft schlug mir entgegen, und dann sah ich in das schwarzbelockte, robuste Gesicht des Direktors Camoretti, der vor einer großen Wütze saß. Kartoffeln schälte, und den ich um eine Bilanz gleich welcher Art fragte.

Er legte das große Schälmesser aus der Hand, drehte den vollen Schnurrbart zu gefährlichen Spitzen rechtwinklig nach oben und sagte, während er mich kritisch von oben bis unten musterte: „Ich könnte eventuell einen Stallmann brauchen!“

Ich nickte wortlos; ein heißes, hoffnungsvolles Gefühl durchströmte mich, und ich versuchte das Knurren meiner Eingeweide niederzuhalten, die, angeregt durch den Speisehauch, zu rebellieren begannen.

„Ich muß Ihnen aber gleich sagen, daß es sich um einen verantwortungsvollen, diebstahligen Posten handelt, bei dem — da die Wartung der Tiere nur einen kleinen Teil der Beschäftigung ausmacht — eine aktive Mitarbeit am Programm erforderlich ist. Haben Sie irgendwelche artistischen Fähigkeiten?“

„Nein.“

„Jeder Mensch hat artistische Fähigkeiten!“ meinte Camoretti bestimmt. „Schon von Natur aus. Einer kann Vertoute nachahmen, ein anderer Künstler spielen, ein dritter mit den Ohren wackeln — so kann jeder Mensch etwas. Ihr Vorgänger konnte beispielsweise Radfahren und Bauchreden. Nicht wahr, Wals?“ rief er nach hinten, „der John, das war ein Kerl!“

„Ein Filsu!“ rief Wals, die hinter einem Vorhang irgendeiner Tätigkeit nachging, daß man nur ab und zu ihre dickwobigen Beine sah, deren Strümpfe auf Halbmaße gezogen waren.

„Da hören Sie es. Glauben Sie, daß Sie auch so etwas können?“

„Im Augenblick würde ich nichts.“
„Dann versuchen Sie es als tragischer Clown! Haben Sie je von Paul Wagn, Flavelly oder Jean Kobbelt gehört? — Das waren Kanonen! Sehen Sie, Sie kommen im Frack, mit an die Erde reichenden Schößen, Korkzieherhosen, Paternoster, Strohhut mit Trauerfleur und einem riesigen Kranz großer Sonnenblumen über den Arm in die Manege und weinen herzzerbrechend. Und wenn man Sie dann fragt, wer tot ist, sagen Sie . . . sagen Sie . . . Ral!“

„Sage ich: Wir hatten heute ausnahmsweise einmal Kabarett, und seit dem ist der Jagt fort. Ich — fürchte, ihm ist — was — passiert!“

„Hahahahahaha, das ist gut!“ Er ließ eine große Kartoffel in die Wütze fallen, daß das Wasser in weitem Bogen umhersprigte, und lachte aus vollem Halse. „Da, das ist wirklich gut! Sie müssen eben auf diese Art Ihr Auftreten vorbereiten. Wenn Sie da einige gute Sachen bringen, kann das eventuell eine Bombennummer werden! Ihr Dienst wäre allerdings in erster Linie Stalldienst, daß die Tiere ihr Recht tragen. Morgens füttern und tränken, dann putzen. Von zehn bis zwölf ist Probe, da füttern Sie die Tiere und leisten Handreichungen. Nach dem Mittagessen reiten Sie zwei Stunden mit dem Reklamszug in der Stadt umher, und gegen sechs ziehen Sie große Vloere an und machen Dienst als Portier mit Programmverkauf. Nach dem ersten Läuten begeben Sie sich hinein, ziehen die rote Schnürjacke an, begeben sich zur Kapelle und bedienen das Schlagzeug. Dann, nach dem zweiten Musikstück, begeben Sie sich unauffällig in den Stall und füttern Juleika für die hohe Schule. Später, während der Pongdressur, sateien Sie das Kamel. Dann helfen Sie meiner Frau in den Sattel und führen das Kamel am Halfter in die Manege. Danach richten Sie Oleander, Pantraz und Kanente für meinen Dressurakt her, und auf des Klingelzeichen lassen Sie die Pferde in die Manege laufen. Bei der darauf folgenden Luftnummer helfen Sie das Sicherheitsnetz spannen, und beim Eintreten des Artisten helfen Sie ihm die Laufleiter. Dann gehen Sie in den Bogen und richten sich für Ihr Auftreten her. Nach Ihrer Nummer kommt nach die Büffeldressur, und dann ist Pause. Da gehen Sie mit Bier und Brause herum.“

Er hielt inne, sammelte sich einen Augenblick, und fuhr dann fort:

„Nach dem ersten Läutezeichen helfen Sie den Palast und die Balken ausstellen für die Fantomnie: Ein Fest beim indischen Radjah. Während der Einführungsnummer gehen Sie in den Stall, jeben den weißen Ueberhang über und legen den Burnus auf. Dann führen Sie das Kamel unter eintönigem Gesang einmof in der Manege herum und verschwinden durch das Palasttor wieder in den Stall. Während ich als Radjah mit dem Gefolge vor dem Palast Platz nehme, machen Sie sich durch einen grauen Bart un-

kenntlich, reiten auf Kanente durch den Eingang bis vor meinen Balkon, sitzen ab, verneigen sich mit gekreuzten Armen tief vor mir und melden mir das Nahen der Reiter. Während des folgenden Turniers müssen Sie sich unter das Volk und spornen die Reiter durch wildes Gekreisch an. Dann, bevor die Bojodere zum Tanz antritt, holen Sie sich unauffällig Trommel und Pauke und begleiten den Tanz in immer wilderem Wirbel, bis Sie auf mein Zeichen mit einem donnerähnlichen Paukenschlag endigen. Später, wenn der Janiberer auftritt, grechen Sie nach jedem Musikstück in lautes Jauchzen aus und katzen begeistert Beifall. Bei der Jagdzene lauchen Sie auf mein Zeichen Büffel, Zebra und Kamel in die Manege; während dieser Szene rächen Sie alles für den abschließenden Hochzeitszug her, bei dem Sie in Schnürrock und Burmus den Büffel führen. Dann, beim Abschiedsmarsch, bedienen Sie wieder das Schlagzeug. Nach Schluß der Vorstellung sateien Sie die Tiere ab und füttern und tränken sie. Das wäre also kurz umrissen Ihre Tätigkeit, die ich Ihnen zur Probe noch eingehender demonstrierte. Was nun die Gehaltsfrage anbetrifft, so erhalten Sie bei freier Station 15 Mark die Woche und für die Mannnummer: 5 Mark extra. Zahlbar jeden Freitag nach der Abendkasse. Kost bekommen Sie bei mir — gute, nahrhafte Hausmannskost —, Logis im Bogen 2 bei Bollmanns. Aber ich jage Ihnen gleich: Lassen Sie sich nicht aufheben! Aufrührer würde ich nicht! — Also, wollen Sie es versuchen?“

„Ja.“
„Natürlich, wie üblich, vierzehn Tage Probezeit! Wollen Sie gleich anfangen? — Gut, dann können Sie einsteigen in den Stall gehen; ich komme später und zeige Ihnen den Betrieb.“

Er reichte mir seine Hand; dann trat ich hinaus. Der Wind fuhr mir durch das Haar, kalte, schwere Regentropfen schlugen mir ins Gesicht, aber in mir ein warmes, freudiges Gefühl — geborgen!

Langsam ging ich um das Zelt bis zum Stallgang. Ich schlug den Vorhang auseinander, und eine warme, feuchte Luft umfing mich. Das Kamel reichte seinen Kopf weit in den Gang und musterte mich — gleichmäßig taugend — einfüllig und überheblich. Der alte Büffel wachte mir den mächtigen Kopf zu und maß mich mit seinen großen Augen erwartungsvoll, ergeben. Ich kratzte ihm die wollige Stirn, und er lehnte den müden, schweren Kopf still an meine Hüfte, während das Zebra suchend an meiner Tasche schnupperte. Die Pongy steckten schon die Köpfe zusammen und verfolgten neugierig jede meiner Bewegungen. Die Pferde spitzten aufmerksam die Ohren. Ein prächtiger Rappe stampfte ungeduldig mit den Hufen, und plötzlich hob er den schönen, stolzen Kopf, blähte die Rippen und wieherte hell und freudig.

Das war die Begrüßung in der neuen Heimat. Wuß ich noch sagen, daß ich mich plötzlich reich und glücklich fühlte, daß ich freudig zur Forke griff und meinen neuen Freunden eine reichliche Portion Futter vorwarf?

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S 2 64, Lindenstraße 2.

Für den Wahlfonds der SPD in Berlin wurde von Angehörigen im Hauptbureau des Deutschen Verkehrsverbandes der Betrag von 230 M. gesammelt, und an die Bezirkskasse abgeführt, worüber hierdurch mit besten Dank öffentlich quittiert wird.

J. H. Metz Bagels.

15. Kreis Kreistag, Sonnabend, 11. November, 1934, Uhr, in der Bernadina-Sporthalle, Grottestr. 36. Fraktionsführung der Arbeiterpartei. Mitgliedschaft der Partei zu besprechen.

Heute, Freitag, 11. November:

17. Uhr. Die Bezirksleiter werden ersucht, heute das Werbematerial nach Nacht, Grottestr. 36, abzuholen. Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich am Sonnabend und Sonntag früh zur Vorbereitung des Werbematerials herbeizustellen. — 18. Uhr. Die Bezirksleiter sollen sofort Material vom Genossen Grotte ab.

Morgen, Sonnabend, 12. November:

7. Uhr. Die Wahl der Werbematerial findet um 10 Uhr in Grotte Sporthalle, Grottestr. 36, ein Verbandsmitglied. Genossinnen und Genossen mit ihren Familienangehörigen sind Freunde und Bekannte sowie „Borndits“-Leute und Sympathisierende sind eingeladen.

4. Uhr. 19 Uhr bei Cornelia, Stralauer Str. 11, wichtige Besprechung. Die Bezirksleiter müssen ihre Karteikarte mitbringen.

21. Uhr. 19 Uhr bei Heidehilde, Stolpische Str. 10, Sitzung aller in der Wohlfahrtskategorie tätigen Genossen. Vortrag: „Die Ausführungsbestimmungen der Gewerkschaftsreform.“ Referent: Stadtrat Eugen Hoffmann.

22. Uhr. 19 Uhr Flugblätterverteilung bei Hoffmann, Stralauer Allee 17; Bernadina, Heidehilde, 3; Rieck, Simon-Dach-Str. 24.

27. Uhr. 19 Uhr bei Heidehilde, Dönhofsstr. 2, wichtige Funktionärssitzung. Tagesordnung: Rückblick auf die Werbematerial. Riemand darf fehlen.

74. Uhr. Heidehilde, Sonnabend und Sonntag Flugblätter abholen und verteilen von Heidehilde, Potsdamer Str. 25. Sonnabend von 15-21 Uhr. Die Abteilungsbesprechung am Mittwoch, 18. November, fällt wegen des Bußtages aus. Dieselbe findet dafür am 22. November statt.

12. Uhr. Die Wahl der Werbematerial findet um 10 Uhr in Grotte Sporthalle, Grottestr. 36, ein Verbandsmitglied. Genossinnen und Genossen mit ihren Familienangehörigen sind Freunde und Bekannte sowie „Borndits“-Leute und Sympathisierende sind eingeladen.

12. Uhr. Die Wahl der Werbematerial findet um 10 Uhr in Grotte Sporthalle, Grottestr. 36, ein Verbandsmitglied. Genossinnen und Genossen mit ihren Familienangehörigen sind Freunde und Bekannte sowie „Borndits“-Leute und Sympathisierende sind eingeladen.

Jungsozialisten, heute, Freitag, 11. November: Gruppe Wedding-Geländebau: 20 Uhr vorkünftig im Jugendheim des Reichsbundes am Fennersplatz, Eingang Orford, 19, Vortrag: „Wort und die Gestaltungsaufgaben der Gegenwart.“ Referent: Paul Lehmann. Die älteren SWJ-Mitglieder sind herzlich willkommen. — Gruppe Mitte: Der Gruppenabend fällt aus. Wir beteiligen uns an der SWJ-Besprechung in den Sophien-Sälen, Sophienstraße.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: Kreis Kreistag: Freitag, 11. November, Rosenfelder im Schutzhel (Zoo), Rinderfelder Straße, Anfang 19 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

18. Uhr. Am Dienstag, 6. November, verstarb nach kurzem Leiden unsere Genossin Margarete Grotte, geb. Grotte, 24. Ihre letzten Anfechtungen sind abgeklungen. Sie hinterlässt eine Witwe, im Alter von 68 Jahren, im Krematorium Dönhofsstr. 11, am 11. November, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Dönhofsstr. 11, am 11. November, 12 1/2 Uhr, im Krematorium Dönhofsstr. 11, am 11. November, 12 1/2 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“: Freitag, 11. November, Friedrichshagen (Schulportstr. 11), 19 1/2 Uhr. Vortrag in der Turnhalle Wilmersdorfer Straße. Thema: „Die Bedeutung des Reichsbanners.“ Referent: Paul Lehmann. Der Vortrag wird den Kameraden empfohlen. — Sonnabend, 12. November, Tempelhofer Park, 19 1/2 Uhr. Vortrag: „Die Bedeutung des Reichsbanners.“ Referent: Paul Lehmann. Der Vortrag wird den Kameraden empfohlen. — Sonntag, 13. November, Charlottenburg, 9 Uhr. Vortrag: „Die Bedeutung des Reichsbanners.“ Referent: Paul Lehmann. Der Vortrag wird den Kameraden empfohlen.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 11.11.34 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert O. U. 1. Sinfonie.	Freitag, 11.11.34 Städtische Oper Bismarckstr. 8.15 Uhr. 3. Akt. 7 1/2 Jonny spielt auf
Städt. Schauspiel Anf. 8 Uhr: Nathan der Weise	Städt. Schillerth. Charlottenburg 9 Uhr: Weh dem der lügt

Prägen Sie sich ein!

Wir zeigen nicht nur Sonntag nachmittag, sondern auch

Jeden Sonnabend nachmittag 3³⁰ Uhr

zu ermäßigten Preisen unser volles Programm

SCALA

Die Variété-Bühne



Der Carlsbader Kaffee

verdankt seine Weltberühmtheit der besonderen Kraft des Carlsbader Wassers. Unser Leitungswasser dagegen braucht dringend ein Mittel, das der Kaffeebohne ihren vollen Reichtum an Duft und Würze entlockt.

Jahrzehntelange Bemühungen und Erfahrungen der Firma Otto E. Weber in Radebeul haben ein solches Mittel geschaffen. Es heißt

„Weber's Carlsbader“

und ist in seiner blau-weißen Packung überall erhältlich.

Volksbühne

Theater am Schlossplatz/Th. am Schiffbauerdamm

7 1/2 Uhr
Peer Gynt Geschlossen!

Achtung! Restaurant Madjespedi

Lindenstraße 11-12
ist neu eröffnet! Gelegte Biere Speisen jegl. Art in unbekannter Gütigkeit

8. Komische Oper 8

Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!

(Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu“ 200 Mitwirkende) Original-Pariser Kostüme

Sonnt. 3 1/2 Uhr: Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen jeder Erwachs. 1 Kind frei

Parkett 3,50 Mk. Theaterkasse ununterb. geöffnet

Deutsches Theater

Norden 10334-37
U. Ende 11 U.
Zum 25. Male:
Dorothea Angermann v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele

Norden 10334-37
7 3/4 Uhr:
Ende nach 10 Uhr.
„MAYA“
Schauspiel von James Sullivan
Regie: Gaston Baty

Wöch. Teilzahlung

Eleg. Herren- u. Damenfertig

zu außergewöhnlich billigen Preisen
Garantie Legutes Sitz u. gute Verarbeitung

Julius Fabian

Maßschneiderei
Große Frankfurter Str. 37
Kein Laden! Nur II. Etage!

Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!

Komplettgerichtet-Radio-Anlagen

25 Röhren Apparate mit Lautsprecher
Ica-Fabrikat
Nur 3 Mk. wöchtl. Teilz.

Sprechapparate von 1.50 M. wöchentlich
SHERLOCK-GESELLSCHAFT m. b. H., BERLIN
Hackescher Markt 2-3 I. Telefon Norden 4791-93

CASINO-THEATER

Die Paula vom Metropol.
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers. Faustul nur 1,10 M., Sessel nur 1,40 M.

Trianon-Th.

Heute 7 1/2 Uhr:
Premiere
Erika Gläser
in Gretchen
Sonntag 4 Uhr:
Kästner-Kasperlsth.
darauf
Max u. Moritz

Rose-Theater

Charleys Tante
Theater in der Konstanzenstr. 8 Uhr:
Der große Erfolg: Schön sehen wir aus!
m. Henry Bender
Dönhofsstr. 30/31

Zhr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schmerzhaftes und lästiges Federband über Gummihand tragen. Durch solche Bänder verschlimmern sich das Sehen und kann zur Blindheit werden. (Es enthält Bruchentzündung, die erweitert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Deshalb liegt es in Ihrem Interesse, sich meine Augenbrille, unermessliche Spezial-Bänder anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nacht Tragen meiner Bänder haben sich nahezu alle Bruchleiden selbst geheilt.

Wermbe, H. D. schreibt u. a.: „mein schweres Federband ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein guter und glücklicher Mensch!“
E. G. schreibt u. a.: „Ich lese mich glücklich. Ich bin nach 2 Jahren meinen unigenen Dank auszusprechen.“
wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“

Bänder von 12-15,- an. Für Bruch- und Kopfleidende kostenlos anfordern in: Berlin NW 7, Friedrichstraße 94, I. Etage, jeden Freitag von 10-5, Sonntag von 11-2 Uhr.

R. Ruffing, Spezial-Bandagist
Köln, Kaiser-Wilhelm-Straße 26.

Winter Variete Garten

Räucher gestaffelt
Pflanz der deutsche Rastell
Deyckmann-Ballett m. B. Campson
Waldoff-Peukert: Boxkampf

Waltha-Theat.

Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Rüdesheimer
Schloß steht eine Linde
Parkett statt 4 Mk.
liegt, auch Sonntags
nur 60 Pf.
Sonntag nachm. 4 U.
Die Puppenrevue
Parkettv. 30 Pf. an.

2 Mark an

wöchentl. Teilzahlung liefert

Elegante Herren-Garderobe

fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung, nur Qualitätsware eigener Herstellung

zu konkurrenzlos billigen Preisen
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I
und
Chausseestraße 1 (Eingang Eisässer Str.)
Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

Mifal

FABRIKVERKAUFSSTELLEN
Berlin NW 7, Schillbuserdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N 54, Schönhauser Allee 177; O 34, Petersburger Straße 4, SW 61, Belle-Alliance-Str. 6, SW 68, Alexandrinenstr. 13, Charlottenburg, Tauentzienstr. 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44, Friedenau, Cranachstraße 57; Bln.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 89; Pankow, Schloßstraße 18, Potsdam, Berliner Str. 1; Schöneberg, Barbarossastr. 42, Spandau, Potsdamer Straße 1 a, Tegel, Berliner Straße 19; Bln.-Tempelhof, Berliner Straße 62.

QUALITÄTS-NÄHMASCHINE
135-170-207 M Kassapreis usw.

ETERNOLA-SPRECHAPPARATE
26-35-55-65-90-117 M Kassapreis usw.

BEQUEME WOCHEN- UND MONATSRATEN

Theater am Kottbuser Tor

Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntag nachm. 3 U.
Elite-Sänger
im großen Novemberprogramm
Volkspreise von 30 Pf. bis 2,50 M.
Sonntag nachm. 3 U.
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Thalia-Theater

8 Uhr:
Der rote Hahn
Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die neue HALLER-REVUE
„Wann und wo“
2 Sonntag
Vorstellung:
3 Uhr u. 8 1/2 Uhr
Sitzpl. die ganze Vorstellung zu bill. Preisen

Reichshallen-Theater

Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Mollerstraße
Nachmittags: Halbe Preise, volles Programm.

Dönhofs-Brett!
Variété, Konzert, Tanz

Metropol-Operettenhaus

Tägl. 8 1/2 Uhr
Paganini
Operette von Franz Lehár.
Cecilia Strak, Edvard Loh in 1 Akt, letzte Aufführung.
Mit: Mrs. Arthur Hall u. a.
Sonnt. nachm. 1/2 U.
Die Fledermaus - Kleines Preis.

Renaissance-Theater

Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr
Giovanni u. Annabella

Residenz-Theater

Täglich 8 Uhr:
Gesamtagungsstück des Herrnfeld-Theaters
Wer ist der Vater?
Sonntag nachm. 4 U.
Frau Holle
Theater des Westens
8 Uhr:
Gastspiel
Fritz Massary
Eine Frau von Format

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Lindenstraße 2

Inserate im Vorwärts

haben Erfolg!

Die Sperrstelle ist von Gläubigern der Betriebsbankensache, die bei der Bankversteigerung und Chemische Fabriken Eigentümern behandeln hat, mit dem Vortrag anstreuen werden, die Höhe des Rückwertungsches zu bestimmen, einen von der Gesellschaft mit Gläubigern abgeschlossenen Vergleich mit allgemein verbindlich anerkennen (Wrt. 14, 18 des GG vom 8. Juli 1920). Die Entscheidung wird gegenwärtig allen Gläubigern, auch soweit sie sich nicht an dem Verfahren beteiligen, einseitig.
Berlin, 8. November 1927.
Spruchstelle beim Kammergericht.
Der Vorsitzende.